Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 9.—15. Sept. 1100000 M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 85000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 600000 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textsetzenteil. Anzeigen bis vormittags 10 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1063 48, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 200 000 Mk. | Montag, den 10. September 1923 | 3. Jahrgang Nr. 211

Sollmanns Polizei-Diktatur zum Trotz!

Die verbotene Betriebsrätekonferenz Berlin-Brandenburg — Die blamierte Severing-Polizei — Niederlage der Faszisten in Gotha

An alle Arbeitsbrüder und -schwestern im Reich!

Der von der sozialdemokratischen Polizeidiktatur Sollmann-Severing verbotene Betriebsrätekongreß für Berlin-Brandenburg richtet folgenden Aufruf

An die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land!

Wir, Vertreter der Werktätigen in Stadt und Land, zusammengetreten zum Betriebsrätekongreß für Berlin und die Provinz Brandenburg trotz aller Verfolgungen und Schikanen durch Behörden und Justiz der besitzenden Klasse, trotz aller Sabotage derer, die sich Arbeiterführer und Volksvertreter nennen, wenden uns in ernster Stunde an alle Arbeitsbrüder und -schwestern im Reich mit unserer Mahnung.

Der Hunger, die Kälte, ein Seuchenwinter stehen vor der Tür.

Die Arbeitslosigkeit wächst, die Wirtschaftsanarchie wird immer größer.

Niemand hilft uns, wenn wir uns nicht selber helfen!

Wir, die Arbeiter, haben die unfähige reaktionäre Regierung Cuno durch den Generalstreik fortgejagt. Aber die Herrschaft der Schmarotzer und Ausbeuter haben wir noch nicht gebrochen. Sie beherrschen noch die Wirtschaft, sie müßten sich an unserm Zusammenbruch, ihre Regierung steht an der Spitze des Reiches.

Und doch haben die letzten Kämpfe gezeigt, wie leicht es ist, eine Regierung fortzujagen, wenn nur die Massen, die die bürgerliche Meute verächtlich „die Straße" nennt, aufstehen.

Der Generalstreik hat uns ernste Lehren gegeben. Es gilt, sie auszuwerten.

Die Kämpfe wurden geführt von den Betriebsräten. Sie allein und die einzige Partei, die Kommunistische Partei, haben den Kampf gegen alle Mächte des verfaulten, alten Systems geführt.

Aber die Kämpfe wurden noch nicht einheitlich und geschlossen genug, noch nicht organisiert genug geführt. Deshalb konnte noch ein

letztes Bollwerk der Ausbeuter

errichtet werden, die Koalitionsregierung, die die Bevölkerung mit leeren Versprechungen füttert, die sich stützt auf die reaktionären Bureaukraten der Gewerkschaften, welche Kampforgane des Proletariats sein sollten und von den Bureaukraten zu Streikbrechergarden degradiert werden sollen.

Regierung und Unternehmer setzten, kaum daß sie sich vom Schreck des Generalstreiks erholt hatten, mit einer Offensive gegen die Werktätigen ein:

Betriebsstillegungen, Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten, schärfste Angriffe gegen die Beamten und ein Steuersegen, der nur die Besitzlosen trifft, vereinen sich mit der Markkatastrophe.

Dabei stiegen zu allererst die Buchdrucker, Straßenbahner, städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten aufs Pflaster. Das ist der Dank dafür, daß sie im Generalstreik zum Teil nicht mitgekämpft haben.

Die nächsten Kämpfe müssen besser geführt werden!

Angesichts der Krise müssen ihre Losungen sein:

Kontrolle der gesamten Produktion durch die Arbeiter- und Angestelltenräte; Nationalisierung und Zentralisation der Banken und Schlüsselindustrien; Beschlagnahme der Devisen, Effekten, Konten; Stärkung der Macht der Räte und Kontrollausschüsse, der ausführenden Organe der kommenden Regierung der Werktätigen; Zusammenfassung dieser Organe zu zentralen und lokalen Körpern. Schutz der Betriebe und großen Güter gegen Faszistenbanden.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Werktätige in Stadt und Land!

Diese Aufgaben können nur gelöst werden, wenn die Herrschaft der Ausbeuter durch die Wucht der Massen der Ausgebeuteten gebrochen wird.

Macht Schluß mit dieser Herrschaft!

Nur eine Regierung der Werktätigen, gewählt von einem deutschen Rätekongreß, verantwortlich allein einem Rätekongreß, gebildet allein aus Vertretern der Arbeitenden aus Stadt und Land, kann unsere Sache in die Hand nehmen.

Wir stehen am Rande des Abgrundes. Wir können und müssen uns helfen! Die Maßnahmen, die notwendig sind, um auch nur die ersten Schritte zur Rettung zu machen, sind klar: Diese Maßnahmen müssen als erste Maßnahmen durchgeführt werden von einer Regierung, der unermeßliche Kräfte zur Verfügung stehen werden, weil sie sich auf die

freigewordenen Kräfte und Organe aller Schaffenden, aller Hand- und Kopfarbeiter in Stadt und Land und deren Organe

stützt. Diese Regierung wird außerdem die unermeßlichen

Kräfte Sowjet-Rußlands

zur Verfügung haben, dessen Arbeiter und Bauern mit Begeisterung dem befreiten deutschen Volke zu Hilfe kommen werden und auf den Tag der deutschen Befreiung fieberhaft warten.

Wir fordern alle Arbeitsbrüder und -schwestern auf, sofort in jeder Fabrik, auf jedem Gutshof, Gehöft, Marktplatz, in jeder Kanzleistube, in jedem Bureau Stellung zu nehmen zu unsern Vorschlägen und in jedem Lande und Landesteil einen ebensolchen Kongreß wie unsern schleunigst einzuberufen, um sobald als möglich einen

Reichsbetriebsrätekongreß

einberufen zu können, der den Kampf in Deutschland beginnen kann.

Die Entscheidungsstunde naht, die Entwicklung treibt uns voran. Richten wir die breite, starke, eherne Kampffront aller Arbeitenden gegen die Wucherer, Ausbeuter und Schmarotzer auf und zerschmettern wir die Macht der Clique unserer Vergewaltiger.

Ein jeglicher reihe sich ein in die Kampffront, der den Weg ins Freie sucht — und der Sieg ist unser!

Berlin, den 9. September 1923.

Der Betriebsrätekongreß für Berlin und die Provinz Brandenburg.

Betriebsrätekongreß trotz Polizeidiktatur

Die düpierte Severing-Polizei

(Eig. Drahtm.) Berlin, 10. September.

Am Sonntag, dem 9. September, fand der Betriebsrätekongreß für Berlin und die Provinz Brandenburg statt. Der Kongreß war vorbereitet worden ohne Presse, weil die „Rote Fahne" eigens zur Führung des Kongresses verboten worden war. Die Berliner Bezirksleitung der KPD. war teils verhaftet teils illegal. Am Sonnabend wurde der Kongreß außerdem noch von Severing verboten, obwohl er nicht, wie seine Begründung angibt, vom aufgelösten Fünfzehner-Ausschuß einberufen war, sondern von einer Betriebsrätevollversammlung.

Trotz all dieser Sabotage und Polizeischikanen fand der Kongreß statt. Er war beschickt von 500 Delegierten, unter ihnen Mitglieder der VSPD., USPD. und etwa 100 Parteilosen, ein Deutscher Volksparteiler, ferner von vielen Mittelständlern, Kleinhändlern und einigen Kleinbauern.

Der ganze Kongreß war illegal nach Velten, einen Städtchen bei Berlin, geleitet worden. Vor Kliems Festsälen, wohin der Kongreß legal einberufen war, hielt die Schupo Wache. In Velten nahm der Kongreß Stellung zu der politischen Lage und zu den Aufgaben der Betriebsräte, zu den Fragen der Betriebsstillegungen und zu den organisatorischen Fragen. Zu diesen Punkten wurden ausführliche Resolutionen angenommen, die das Ziel aufstellten: Reichsregierung, gewählt von einem Reichsbetriebsrätekongreß und verantwortlich nur diesem Kongreß, Kontrolle der Produktion, Schutz den Betrieben gegen die Faszisten, Nationalisierung der Banken und Schlüsselindustrie. Die Betriebsräte aller Länder und Landesteile werden aufgefordert, ebensolche Kongresse abzuhalten und einen Reichsbetriebsrätekongreß zu organisieren.

Der Kongreß tagte bis zur Mittagspause in einem Lokal. Dann rückte Schupo nach Velten und der Kongreß tagte auf der Sportwiese des Ortes weiter. Die Schupo wurde inzwischen an der Nase herumgezogen durch eine kommunistische Demonstration, wobei die Schupo sogar Salven in die Luft schoß. Der Kongreß ließ sich dadurch nicht stören. Er führte seine Tagung zu Ende und schloß in glänzender Stimmung.

10 Uhr vorm.: Dollar 52 000 000 Mk.

Was wollen und was können die sozialdemokratischen Arbeiter tun?

Durch den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung der Großen Koalition sollte angesichts der schweren außen- und innenpolitischen Situation eine vom Vertrauen breiter Schichten getragene und unterstützte Regierung gebildet werden, die stärker sein sollte, als die Regierung Cuno-Becker es war. Die Regierung der Großen Koalition ist nun fast einen Monat im Amt, und es ist allgemein offenbar geworden, daß sie die Hoffnungen täuschen wird und das Vertrauen der arbeitenden Massen nicht erringen kann, wenn nicht in letzter Stunde mit eisernen Maßnahmen die Sabotage der kapitalistischen Schichten gebrochen wird.

Deshalb muß die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft einsetzen und die arbeitenden Massen in Bewegung bringen, um durch einen rücksichtslosen Druck den Widerstand und den Klassengegoismus der Besitzenden zu brechen.

Die Sozialdemokratie darf sich nicht mitverantwortlich machen für eine Politik, die nicht in Einklang zu bringen ist mit den Interessen der Massen und die das schon bestehende Elend bis zur Unerträglichkeit steigert.

Die Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der VSPD.-Groß-Berlins verpflichten sich deshalb angesichts dieser katastrophalen Lage, durch Aufklärung und Zusammenfassung der Arbeiterschaft in den Betrieben, das Proletariat auf die seiner harrenden und nahe bevorstehenden Aufgaben vorzubereiten und den Weg zu bahnen für eine Regierung, die sich stützt auf die Arbeiterklasse, und die getragen wird von den proletarischen Organisationen.

(Resolution der Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre der VSPD. Groß-Berlins; einstimmig angenommen am 6. September.)

Die oben abgedruckte Resolution, die nach einem Referat Crispiens angenommen wurde, zeigt, daß die Berliner VSPD.-Arbeiter eine Umorientierung ihrer Partei fordern. Da die Resolution einstimmig angenommen worden ist, und da die Gewerkschaftsfunktionäre der Berliner VSPD. in ihrem Stamm außerordentlich reaktionär sind, so muß ein ungeheurer Druck aus den Betrieben auf der Versammlung gelegen haben.

Diese Resolution ist zunächst eine klatschende Ohrfeige für den Parteivorstand, für die Reichstagsfraktion und die Koalitionsminister. „Die Sozialdemokratie darf sich nicht mitverantwortlich machen für eine Politik, die nicht in Einklang zu bringen ist mit den Interessen der Massen, und die das schon bestehende Elend bis zur Unerträglichkeit steigert." Die Politik der Lakaien des Stinnes ist richtig charakterisiert. Es gilt aber, Folgerungen zu ziehen. Sonst ist die Resolution lediglich ein Blitzableiter.

Der letzte Abschnitt aber zieht die Folgerungen nicht. Dieser Abschnitt, der schon andeutet, wohin die „opponierenden", „linken" Führer vom Schlage eines Konjunktur-Crispien den Karren schieben wollen, ist der wichtigste.

Er kann besagen, daß die VSPD. auf eine Arbeiter-Regierung hinsteuern soll.

Er bedeutet, ausgesprochen von Leuten wie Crispien oder Levi, daß die VSPD.-Arbeiter die Große Koalition satt haben, und daß die „Führer" von der Fraktion Wetterfahne den Stimmungen nachgeben. Nicht mehr.

Aber die Massen der VSPD.-Arbeiter verlangen mehr, und sie müssen auch mehr verlangen.

Und immerhin spricht die Resolution von einem Ziel: „eine Regierung, die sich stützt auf die Arbeiterklasse, und die getragen wird von den proletarischen Organisationen."

Nur daß klar gesagt werden muß: was sind die proletarischen Organisationen?

Eine Regierung, die als Kampfregierung gegen die Bourgeoisie zustande kommt, muß sich auf Kampforgane des Proletariats stützen.

Sind die Gewerkschaften solche Kampforgane? Sie sind es nicht. Sie sollen es sein. Sie werden es solange nicht sein, als die gegenwärtige Bureaukratie sie „leitet", dieselbe Bureaukratie, deren Vertrauensmann der gelbe Striemer (von der „Betriebsrätezeitung") war, der den Marxismus „widerlegte".

Also: fort mit den reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten! Das ist die Voraussetzung für das Zustandekommen der geforderten Regierung.

Weiter! Die Betriebsräte sind die eigentlichen Kampforgane des Proletariats. Sie fassen die Betriebe zusammen, sie sind das organisatorische Gerippe des Produktionsapparats, des politischen Apparats der kommenden Regierung des Proletariats, sie sind das wirtschaftliche und politische Exekutivorgan der Regierung des Proletariats.

Wie verhält sich die Führung der VSPD. zur Betriebsrätebewegung?

Sie hetzten die ihnen (noch!) zur Verfügung stehende Polizei und die Gerichte auf die Betriebsräte und ihre Organe.

Die Arbeiter der VSPD. haben also klipp und klar zu erklären, wie sie sich zur Betriebsrätebewegung stellen. Die Partei und Gewerkschaftsreformisten haben den Streikbruch organisiert, die Betriebsräte haben den Kampf geführt. Die Entscheidung ist also leicht: mit den Feinden des kämpfenden Proletariats oder gegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230910-17/fragment/page=0001

sie. Das ist wiederum dieselbe Entscheidung wie bei der ersten Frage.

Ferner: eine Regierung, die eine Kampfregierung gegen die Bourgeoisie sein soll, wird von den Kampforganen der Bourgeoisie angegriffen werden durch die illegalen und möglicherweise auch noch die legalen bewaffneten Organisationen.

Severing verbietet die Betriebshundertschaften. Die Reformistenführer kämpfen wie die Wilden gegen diese „kommunistische" Erfindung.

Die Arbeiter der VSPD. müssen sich also entscheiden: wollen sie, endlich, in zwölfter Stunde, in den Betrieben an die Aufstellung proletarischer Abwehrorganisationen gehen?

Wieder heißt es: mit den Feinden des Proletariats (den sozialdemokratischen „Führern") oder gegen sie?

Und schließlich? ohne die Neutralisierung, ohne die Hereinziehung der proletarischen Schichten (der Beamten, Kleinhändler, Angestellten), der Landarbeiter und Kleinbauern wird die proletarische Regierung an der Sabotage und Feindschaft dieser Zwischenschichten, sowie an Ernährungskalamitäten zugrunde gehen.

Diese Schichten können nur herangezogen werden durch Kontrollausschüsse, also Organe, die den Kampf gegen Wucherer und Spekulanten, gegen Großhandel und Großagrariertum führten.

Und wiederum führt die Bureaukratie der VSPD. und der Gewerkschaften den heftigsten Kampf gegen diese Organe, schließt sich der reaktionären Stinnespolitik gegen die Beamten an und denunziert die KPD., sie wolle ein „Bündnis mit den Faszisten", weil sie die Mittelschichten binden wollen, die bei einer Politik wie der der VSPD. unweigerlich zu den „Völkischen" gestoßen werden.

Also; auch hier die Frage: mit den Feinden und Verführern des Proletariats, die sich ein „sozialistisches" Mäntelchen umhängen und in Wirklichkeit mit den Faszisten und ihren Geldgebern gegen die Arbeiter regieren, oder gegen sie?

Aber von diesen Fragen abgesehen, müssen die VSPD.-Arbeiter noch klipp und klar sagen:

wie denken sie sich das Zustandekommen einer Regierung, wie sie sie andeuten? Auf parlamentarischem Wege ist das ausgeschlossen. Eine Massenbewegung aber, die nach diesem Ziel strebt, wird zu diktatorischen Maßnahmen greifen müssen und wird zwangsläufig zur Errichtung einer Diktatur der Arbeiterklasse führen.

Wie stellen sich die VSPD.-Arbeiter dazu?

Wenn aber schließlich durch irgendein Wunder (das ausgeschlossen ist) diese Regierung ohne jenen Massenkampf zustande käme, welches soll ihr Programm sein?

Soll eine solche Regierung irgend etwas leisten, so muß sie diktatorisch durchgreifen und die Bourgeoisklasse ebenso unbarmherzig anfassen wie die Bourgeoisie-Regierung Hilferding-Stresemann das Proletariat angreift. Das führt zu all den oben aufgezeigten Konsequenzen. Die VSPD.-Arbeiter müssen diese Konsequenzen auf sich nehmen!

Je eher sie sich unzweideutig dafür entscheiden, desto schneller und reibungsloser wird die schwere Entwicklung in Deutschland gehen.

Die bankrotten VSPD.-Führer wollen nun mit einer Gewerkschaftler-Regierung die Arbeiter irreführen, nochmals mit trügerischen Hoffnungen erfüllen, nachdem der Bluff mit den sogenannten „wertbeständigen Löhnen" als verhängnisvoller Schwindel erkannt worden ist.

Die Arbeiter müssen auf eine eiserne Klassenregierung des Proletariats zusteuern — auf eine Arbeiter- und Bauern-Regierung!

Stinnes diktiert — Sollmann verbietet

Der neue sozialdemokratische Polizeistreich gegen die Betriebsräte

Die Herren Sozialdemokraten zeigen, daß sie auf der Höhe der Kommunistenbekämpfung nach den Wünschen der vereinigten deutsch-französischen Kapitalisten stehen. In seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" läßt Herr Stinnes ganz kategorisch die Verlängerung der Arbeitszeit und weitere Einschränkung der Lebenshaltung diktieren. Eine solche Voraussetzung der Durchführung solchen Diktats ist die Knebelung der politisch beweglichen Arbeiterschaft, ist der Versuch, jede revolutionäre Regung zu ersticken. Und die Herren Sozialdemokraten, die Sollmann, Severing, Richter usw., die mit ihren Aemtern auch den preußischen Polizeigeist und auch den Polizeiverstand übernommen haben, scheinen tatsächlich zu glauben, daß sie mit Verboten den eisernen Gang der Entwicklung, daß sie die Revolution aufhalten können. Was sie erreichen, ist die Aufklärung über ihr reaktionäres Treiben, ist das Schendmachen ihrer bisherigen Nachläuferschaft. Hier der neueste Polizeistreich der Sozialdemokraten unter der großkapitalistischen Koalitionssuchtel:

Der Polizeipräsident. Berlin C 25, den 7. Sept. 1923.
Abteilung Ia.
Tageb. Nr. 1818 Ia 3/23.
An die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sekretariat Groß-Berlin, Abteilung Gewerkschaften
Hier.
Münzstr. 24.

Auf Grund von § 14, Absatz 1, des Gesetzes zum Schutze der Republik, in Verbindung mit § 7, Ziffer 4, dieses Gesetzes verbieten ich hiermit den Betriebsrätekongreß Berlin-Brandenburg, der am 9. d. M. in Berlin stattfinden soll. Hiergegen ist binnen zwei Wochen nach der Zustellung die Beschwerde zulässig. Sie ist bei mir einzureichen, möglichst unter Beifügung von zwei Abschriften und hat keine aufschiebende Wirkung.

J. A.: gez.: Bartels.

Die Bureaukraten verbieten, Sozialdemokraten treten auf als ausführende Hausknechte der Konterrevolution. Das Proletariat darf sich in seinen revolutionären Taten nicht stören lassen! Es wird seine revolutionäre Aufgabe lösen, weil es nicht zugrunde gehen will. Die Hemmungen, die in Teilen des Proletariats bisher noch vorhanden waren, werden ganz zweifellos durch die „freundliche" Mitwirkung der Severing-Sollmann und auch des Herrn Hilferding schnell und gründlich überwunden.

Der „Deutsche Tag" in Gotha

Eine schwere Niederlage der Faszisten

(Eig. Drahtm.) **Gotha**, 10. September.

Der Deutsche Tag, der am Sonnabend und Sonntag in Gotha abgehalten wurde, war für die fasszistischen Organisationen eine schmähliche Niederlage. Die Beteiligung war sehr schwach, trotzdem die Ortsgruppen aus der näheren und weiteren Umgebung mobilisiert worden waren. Die Thüringer Regierung hatte durch eine Verordnung noch in letzter Stunde sämtliche Umzüge verboten. Die Faszisten kehrten sich nicht daran. Am Sonnabendabend bereits kam es zu Zusammenstößen zwischen Faszisten und proletarischen Hundertschaften, wobei Landespolizei eingriff. Am Sonntagmorgen übernahmen proletarische Hundertschaften den Patrouillendienst. Verschiedentlich wurden sie von Faszisten überfallen. Die Angriffe der Faszisten auf die Arbeiterschaft jedoch wurden überall zurückgewiesen. Im Verlaufe des Tages kam es noch öfters zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Faszisten. Die Landespolizei war gezwungen gegen die Faszisten einzuschreiten. Eine große Anzahl von Faszisten wurden verhaftet. Der Feldgottesdienst der Faszisten konnte nicht abgehalten werden. Sie wollten sich dann mit einem Promenaden-Konzert begnügen. Aber auch dieses konnte nicht stattfinden. Nachmittags kam es noch einmal zu einem ernsten Zusammenstoß. Am Abend riefen sie die Landespolizei an, die sie im Laufe des Tages wiederholt überfallen hatten, um Schutz, um ihren Abzug aus Gotha zu ermöglichen. In losen Gruppen mußten sie sich an der Peripherie der Stadt entlang zum Bahnhof begeben, um sich vom Schauplatz ihrer fürchterlichen Niederlage zu verdrücken. Bei den Zusammenstößen hatten die Faszisten 25, die Arbeiter vier Verletzte.

Die Mordorganisation C in Gotha

(Eig. Drahtm.) **Gotha**, 10. September.

Hier wurden von der Landeskriminalpolizei ein weitmaschiges geheimes Kampforganisationsnetz unter dem Namen „Wikingbund" aufgedeckt, der eine Fortsetzung des verbotenen „Nationalverbandes deutscher Soldaten" und der „Organisation C" ist. Auch dieser Bund hatte eine Feme, die nicht nur Verräter und Spitzel erschießen sollte, sondern die auch die Aufgabe hatte, **mißliebige Führer und Staatsmänner der Republik zu beseitigen.** Gleichzeitig wurde ein enger Zusammenhang mit den sächsischen Faszisten und der Aufmarschplan entdeckt. Auf die Parole „Anna gestorben", sollten die Ortsgruppenleiter ihre Leute ohne äußerlich erkennbares Zeichen nach Leipzig bringen und dort weitere Befehle abwarten. Die Gothaer Faszisten stehen mit den ungarischen in enger Kurierverbindung. Als Kurier fungierte ein ehemaliger Marineoffizier, der einer der flüchtigen Erzberger-Mörder sein soll. Eine Anzahl Verhaftungen ist erfolgt. Die Leitung der thüringischen Faszisten ist in Erfurt.

*

Die thüringische Regierung hat den „Wiking-Bund" verboten. Was wird Herr Severing tun? Erfurt liegt in Preußen. Außer von Coburg haben die deutschvölkischen Mordbrenner von Erfurt aus ihr Netz über Thüringen gezogen. Wie in Thüringen arbeiten, so auch in Preußen. Wird Severing in Erfurt reinen Tisch machen, wird er gegen den „Stahlhelm", dessen enge Verbindung mit den nationalsozialistischen Sturmabteilungen bewiesen ist, ebenso energisch vorgehen, wie gegen die proletarischen Hundertschaften? Wird er auch den „Stahlhelm" verbieten? Wenn Severing nicht mit zweierlei Maß messen würde, der „Stahlhelm", „Wehrwolf" und die anderen Organisationen wären schon längst verboten.

Proletarische Hundertschaften heben ein Faszistennest aus

(Eig. Drahtm.) **Chemnitz**, 8. September.

In Aue i. Erzgebirge wurde eine illegale Konferenz der Sturm-Abteilungen der National-Sozialisten von einer proletarischen Hundertschaft ausgehoben. Unter den Tischen, dem Ofen und im Abort wurden zahlreiche Brownings, Stahlruten, Gummiknüppel, Schlagringe sowie wertvolles Material gefunden. Eine Anzahl Waffen wurde von den Faszisten in die vorüberfließende Mulde geworfen. Als Geldgeber sind Fabrikanten verzeichnet, unter ihnen der Vorsitzende der „Arbeitgebervereinigung erzgebirgischer Industrien" Wilhelm Schreiber. Durch Schriftstücke wurde die enge Verbindung mit dem Stahlhelm in Halle, dem Hauptmann a. D. Jüttner, festgestellt.

*

In Sachsen greift das Proletariat zu. Da werden die Vorbereitungen der Faszisten zum Bürgerkrieg von den proletarischen Hundertschaften mit starker Hand im Keime erstickt. In Preußen kann diese Gesellschaft ihre Vorbereitungen sogar unter dem Schutze der Regierung betreiben. Da werden die proletarischen Abwehrformationen durch Polizei und Justiz verfolgt. Der „Stahlhelm" behauptet immer, daß er eine „politisch neutrale" Organisation sei und nur „nationale" Ziele verfolge. Nun sind die Verbindungen der Führung des halischen „Stahlhelms" mit den nationalsozialistischen Sturmtruppen einwandfrei festgestellt. Die Regierung hält aber nach wie vor ihren Gefiler, der ausdrücklich diese illegalen Formationen dadurch unterstützt, daß er sie in enge Verbindung mit der Reichswehr bringt. Die halischen Sozialdemokraten haben sich früher scharf gegen den „Stahlhelm" gewandt. Werden sie ihren Parteivorstand zwingen, daß die sozialdemokratischen Minister einen anderen Kurs in der Innenpolitik einschlagen? Nicht gegen die Arbeiterschaft, sondern gegen die Reaktion? Wir glauben es nicht.

Der erste Kongreß der proletarischen Hundertschaften

(Eig. Drahtm.) **Dresden**, den 10. Sept. 1923.

Am Sonntag, dem 9. September, fand in Dresden eine Zusammenkunft der proletarischen Hundertschaften statt. Es waren etwa 8000 Mann erschienen. Es kam zum Ausdruck, daß die proletarischen Hundertschaften noch bedeutend verstärkt werden müssen, um den Angriffen gegen rechts standhalten zu können.

Der blamierte Staatsanwalt

Die Teutschenthaler Genossen aus der Haft entlassen

Während des Generalstreiks sind in Teutschenthal eine Reihe von Genossen verhaftet und nach Eisleben verschleppt worden, weil sie nach Angabe irgendeines Spitzels die „Räterepublik Teutschenthal" ausrufen wollten. Neun Genossen blieben in Haft, gegen sie wurde das Verfahren wegen Hochverrat eingeleitet. Nun ist wohl dem Reichsanwalt die Erkenntnis aufgeleuchtet, daß die Kreise, die ihm das Märchen von der „Teutschenthaler Räterepublik" auftischten, wirklich dümmer sind, als, es selbst die Eisleber Polizei erlaubt und daß er bei diesem Prozeß nichts mehr herausholen kann als eine Blamage mehr für die deutsche Justiz. Die neun Genossen sind am Sonnabend aus dem Gefängnis in Eisleben entlassen worden.

Ueber drei Wochen haben neun Arbeiter unschuldig in Haft gesessen, sie haben dadurch ihre Arbeitsstelle verloren. Frauen und Kinder mußten hungern. Und alles dies, weil die Männer es wagten, um ein Stück Brot mehr in den Streik zu treten, weil eine Regierung es fertig brachte, durch ihre Politik und Regierungskunst die arbeitenden Massen zur Verzweiflung zu bringen. Eine wirklich feine „demokratische Republik".

Stinnes Diktatum!

Mehr und länger arbeiten — Weniger essen — Jeder Widerstand ist zu brechen

Was die Regierung Stresemann-Hilferding der deutschen Arbeiterschaft bringen soll, das weiß Herr Stinnes. In seiner „Deutschen Allgemeinen Zeitung" und ihrem hallischen Ableger, der „Allgem. Ztg. f. Mitteldeutschland", läßt er es am Sonnabend an leitender Stelle mitteilen. Dort liest man u. a.:

„.... Will also das deutsche Volk leben, so muß es heute ebensoviel erzeugen, wie vor dem Kriege, trotz der verschlechterten Rohmaterialgrundlage und der verkleinerten Fläche und Bevölkerungszahl. Hat es dazu noch Reparationen zu zahlen, so muß es bedeutend mehr für den Export erzeugen als in der Vorkriegszeit.

Ins Deutsche und Gemeinverständliche übersetzt heißt das: Will das deutsche Volk leben, so muß es weniger „Luxus" treiben und mehr sparen als vor dem Kriege und mindestens so viel und so lange arbeiten wie in der Vorkriegszeit. Muß es dazu Reparationen leisten, so muß es mehr und länger arbeiten!...."

Wer hier unter deutsches Volk verstanden werden soll, das wird weiter ganz unzweideutig gesagt. Man meint nicht damit die Schieber, man meint nicht die Profitjäger, man meint nicht die Dividendenschlucker und Devisenhamsterer, man meint lediglich die werktätige, die wirklich arbeitende Bevölkerung. Das Großkapital diktiert nämlich weiter:

„Das deutsche Volk muß, wo immer es Arbeit gibt, sofort mindestens zwei Stunden länger und mit mindestens der gleichen Intensität arbeiten, wie vor dem Kriege."

In diesem Diktat gibt es kein Pardon. Die Regierung bekommt ihre Anweisung. Sie lautet also:

„Die sofortige ausreichende und billige Produktion ist absolute Notwendigkeit! Jeder Widerstand ist zu beseitigen! Jeder Streik ist in dieser Lage Mord am Volke!"

Mag nun die Regierung Hilferding-Stresemann sich gehorsam erweisen, mag eine Diktatur Stresemann oder eine Gewerkschaftsregierung ans Ruder kommen, der eigentliche Direktor der deutschen Republik hat die Anweisung gegeben: jeder Widerstand — gegen Arbeitszeitverlängerung und Verschlechterung der Lebenshaltung — ist zu beseitigen.

Nun müssen sich die sozialdemokratischen Arbeiter, nun müssen sich alle Proletarier, alle Angestellten und Beamten, alle Werktätigen entscheiden, ob sie sich solchem Diktat fügen, ob sie länger noch eine bürgerlich-kapitalistische Regierung dulden, oder ob sie durch Bildung einer revolutionären Regierung und Schaffung der erforderlich Machtorgane eine Politik der Interessen des werktätigen Volkes einleiten wollen.

Stresemann-Hilferding führen die Stinnespolitik durch

Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 10. September.

Die „B. Z. am Mittag" veröffentlicht die Absichten der Reichsregierung:

Die Maßnahmen der Regierung sind im Zusammenhang zu betrachten. Neben der Ernennung des Devisenkommissars, der die im Privatbesitz befindlichen Devisen erfassen und der Wirtschaft Ruhe lassen soll, sollen die Verbreiter der Gerüchte, die jeden Morgen bei Börsenbeginn von Attentaten auf Reichsminister oder von Rücktrittsabsichten Stresemanns reden, energisch verfolgt werden. Die Ausfuhr soll erleichtert, die Einfuhr dagegen beschränkt werden. Als wichtigste Aufgabe, um zu einer Gesundung der Reichsfinanzen zu kommen, sieht die Regierung die Einführung von Ueberstunden in lebenswichtigen Betrieben, besonders im Bergbau des unbesetzten Gebietes vor. In der Außenpolitik muß mit der Ruhrbesetzung Schluß gemacht werden, der Widerstand kann nur auf beschränkte Zeit fortgesetzt werden. Alle Parteien des Ruhrgebiets unterstützen die Politik der Regierung.

*

Während die Deutschnationalen im unbesetzten Gebiet stark Front gegen Stresemann machen und die Abgeordneten der Industrie der Deutschen Volkspartei bei dem Vertrauensvotum für Stresemann-Hilferding der Abstimmung fern blieben, sind die Parteien des Ruhrgebietes mit der „Verständigung-um-jeden-Preis"-Politik Stresemanns höchst zufrieden. Die Deutschnationalen und volksparteilichen Industriellen haben ihren Pakt mit Poincaré geschlossen, nun soll Stresemann den politischen Abschluß vollenden. Die ungeheuren Lasten der Ruhrbesetzung und der Geldinflation sollen die Arbeiter tragen. Ueberstunden trotz der ungeheuren Arbeitslosigkeit, trotz Betriebsstillegungen, das sind die Maßnahmen der Koalitionsregierung, das sind die Handlungen der Hilferding, Schmidt, Sollmann, Radbruch. Stinnes diktiert, die Sozialdemokraten gehorchen.

Die Beseitigung des Achtstundentages wird kommen, wenn nicht die Arbeiterschaft einen energischen Widerstand entgegensetzt. Die Industriehyänen haben eine willfährige Regierung gefunden, der sozialdemokratische Innenminister Sollmann wird für eine „geordnete Durchführung der Reichsverordnungen" Sorge tragen, d. h. er wird, wie gestern in Belten, gegen die Arbeiter schießen lassen.

Doch nicht genug damit. Die „Kölnische Zeitung", das Organ der rheinischen Industriellen, fordert auch den Lohnabbau. „Die Bevölkerung, die Arbeiter, die Angestellten und die Beamten müßten die Durchhaltung des Ruhrunternehmens erleichtern, und es sei zu erwägen, ob das Reich nicht von den Vollbeschäftigten einen Bruchteil ihrer Bezüge in Form einer Rhein- und Ruhrsteuer in Anspruch nehmen sollte." Schließlich fordert der Artikel Leistung **von Mitarbeit bei gleichbleibender, wenn nötig sogar bei verminderter Entlohnung,** um dadurch eine aktive Handelsbilanz zu erzielen, die alsdann jede Notwährung überflüssig machen würde.

Die Koalitionsregierung wird diesen Wunsch der Industriellen ausführen, ja, der Lohnabbau wird heute in der Praxis schon durchgeführt und sozialdemokratische Gewerkschaftsführer reichen dazu ihre Hand. Die Unternehmer erklären, den Lohn nicht zahlen zu können, und die Verhandlungen endigen mit einem niedrigeren Lohnsatze, als er selbst auf Grund des Reichsindexes gezahlt werden müßte. Und auf diesen Hungerlohn soll noch eine „Ruhr- und Rheinsteuer" kommen.

Arbeitszeitverlängerung, neue Steuern für das Proletariat, die Wirtschaft wird in Ruhe gelassen, das sind die Maßnahmen der Stresemann-Hilferding-Regierung. Die werktätige Bevölkerung wird sich gegen diese Regierung wehren, es wird durch einigen und geschlossenen Kampf den Angriff auf den Achtstundentag abschlagen.

Ein Aufruf der Impotenten

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 10. September.

Der ADGB. hat einen Aufruf gegen die Währungsnot, Arbeitslosigkeit und Entlassungen erlassen. Er fordert auf, innerhalb des ADGB. einen lohnpolitischen Ausschuß zu bilden. Der Aufruf enthält die bekannten reformistischen Forderungen und zeigt keinen praktischen Ausweg aus der Notlage, in der sich die Arbeiterschaft befindet.

*

Jetzt, nachdem die Arbeiterschaft zu der Betriebsrätebewegung, also in ihre eigene Kraft, immer mehr Vertrauen faßt, kommt auch der ADGB. mit einem Aufruf heraus, um den Anschein zu erwecken, als ob er etwas tun will. Wie die Maßnahmen des ADGB. zu bewerten sind, das zeigen die Bettelbriefe und Kniefälle, die er vor der Regierung Cuno machte. Der Aufruf hat nur den Zweck, die Arbeiterschaft von der Entfaltung der eigenen Kraft gegen die bonkrotte Stresemann-Hilferding-Regierung abzuhalten und bedeutet eine Gegenaktion zu dem Aufruf der Berlin-Brandenburger Betriebsräte.

Getreideschiebungen

(Eigene Drahtmeldung)

Bremen, 9. September.

Auf dem Bremer Rangierbahnhof gelang es dem Kontrollausschuß mit Hilfe von zuverlässigen Personen 110 Waggons Getreide (ca. 220 000 Zentner) festzustellen, die seit länger als acht Tagen auf totem Gleise stehen und hin und her rangiert werden. Es wurde festgestellt, daß das Getreide aus Ostpreußen, Posen, der Mark Brandenburg und Mecklenburg nach Bremen transportiert wurde, um es von dort aus weiter zu verschieben.

Die Bucherpolizei weigerte sich, das Getreide vorläufig zu beschlagnahmen und erklärte, erst warten zu wollen, bis die oberen Bahnbeamten die Frachtbriefe durchgesehen haben. Der Bremer Kontrollausschuß hat die Angelegenheit an den Bremer Senat weitergeleitet.

Wieder eine kommunistische Zeitung verboten

(Eig. Drahtm.) **Breslau**, 10. September.

Die „Schlesische Arbeiterzeitung" wurde auf acht Tage verboten. Das Verbot begründet sich auf einen Artikel der Betriebsräte, der vor acht Tagen erschienen war.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230910-17/fragment/page=0002

„Der Gipfel der politischen Tollheit"

Unter diesem Titel rechnet die „Ostthüringische Tribüne" mit ihrem Parteigenossen Sollmann ab. Es handelt sich um das Verbot der „Roten Fahne". Aus dem, was das Blatt Noske II ins Stammbuch schreibt, sollte jeder sozialdemokratische Arbeiter die Konsequenzen ziehen. Wir geben deshalb aus den Ausführungen des Blattes folgendes wieder:

„Das Tollste aber ist die Begründung, die diesem Verbot mit der Unterschrift des Reichsinnenministers Sollmann gegeben wird. Wir haben diese Begründung Satz für Satz gelesen — und unser Erstaunen wurde immer größer. Die nahezu drei Spalten langen Ausführungen enthalten aber auch nicht das mindeste, womit ein sozialdemokratischer Minister ein kommunistisches Organ verbieten könnte. Als Beispiel, wie unhaltbar die Begründung des Verbotes ist, mag der Hinweis dienen, daß die Parole „Arbeiter- und Bauern-Regierung" als staatsgefährlich angesehen wird. Allgemeine Betrachtungen über den Bürgerkrieg, Redewendungen, daß sich das Proletariat vorbereiten möge auf die bevorstehenden großen politischen Auseinandersetzungen, werden ebenfalls als „Begründung" herangezogen. Das schon zeigt, wie unsaubar läppisch das ganze Vorgehen ist. Unter solchen Umständen hören Gesetz und Pressefreiheit auf, feste und geordnete Begriffe zu sein. Oder sind bei die seit einiger Zeit angekündigten „diktatorischen Maßnahmen", die sich doch wohl gegen die andere Seite richten sollten? So kann es unter keinen Umständen weitergehen; wir fordern, daß das Verbot der „Roten Fahne" unverzüglich rückgängig gemacht wird."

Wir haben diesen Ausführungen nichts hinzuzufügen.

Die Vorauszahlung der Beamtengehälter

Der Reichsrat hat das Gesetz über die „vorübergehende" Aufhebung der Vorauszahlung der Beamtengehälter erledigt.

U. a. wird die Reichsregierung durch dieses Gesetz ermächtigt richtige Bestimmungen des Reichsbesoldungsgesetzes aufzuheben

In einer Besprechung der Gewerkschaftsführer mit Hilferding gelobten diese, sich bei der Beamtenschaft dafür einzusetzen, daß sie sich fügt.

Das sind die Früchte der Großen Koalition!

Die Faszisten im Reiche Noskes

(Eig. Ber.) **Hannover**, 9. September.

Der Schlageterbund Hannover, der von Noske aufgelöst und verboten wurde, hat sich bereits neu gebildet und besteht weiter. Durch die Post werden den Mitgliedern Sammellisten und Karten, die für eine Finanzoperation zugunsten des Bundes dienen, zugesandt. Unter den Mitgliedern des Schlageterbundes befinden sich viele Beamte, die den Verwaltungsapparat des Staates für die Zwecke des Bundes benützen. Wird Noske sich des neugebildeten Bundes mit derselben Aufmerksamkeit annehmen, wie er die proletarische Bewegung beachtet?

Hilferuf aus der Ordnungszelle Niederschönenfeld

Die „Neue Zeitung", Jena, veröffentlicht folgenden Aufruf des Reichsausschusses der Deutschen Betriebsräte:

„Von den hinter den Kerkermauern der berüchtigten Festung Niederschönenfeld schmachtenden Genossen geht uns folgender Hilferuf zu:

„Werte Genossen! Jeder, der schon einmal in einer kapitalistischen Ordnungszelle gesessen hat, wird wissen, daß das Rauchen in notwendiges Uebel ist, welches uns wenigstens für einige Minuten die Qualen vergessen macht. Dies trifft bei uns in doppeltem Maße zu. Nun ist bei uns alles abgebrannt und droht der Schlot einzustürzen, da Mangel an Material vorhanden. Den durch aufgebrauchten Nerven droht Furchtbares. Wir haben uns schon darüber beraten, wie der Katastrophe vorgebeugt werden könnte. Es kam der Vorschlag, die Betriebsräteaustauschliste und die Rote Hilfe" zu bitten, sich mit dem Verband der Tabakarbeiter in Verbindung zu setzen, deren Mitglieder immerhin einen Teil Rauchwaren gratis erhalten, um so durch freiwillige Spenden und Sammlungen von Tabak, Zigarren, Zigaretten und etwas Schnupftabak unser Los etwas zu mildern."

Arbeiter, Klassengenossen! Indem wir Euch dieses mitteilen, fordern wir Euch auf, sofort praktische Solidarität und Hilfe zu leisten. Sammelt überall die gewünschten Rauchwaren oder Geld, um diese kaufen zu können. Die Ortsverwaltungen des Tabakarbeiterverbandes ersuchen wir, die Sammlungen selbst in die Hand zu nehmen. Das Ergebnis der Sammlungen ist sofort einzusenden an das Zentralkomitee der Roten Hilfe, Berlin C 54, Rosenthalerstr. 38.

Genossen, vergeßt Eure politischen Gefangenen nicht, die für euch gekämpft haben und dafür leiden müssen. Gebt schnell und reichlich, damit sie, die Besten aus unseren Reihen, nicht an der Solidarität der Arbeiterklasse irre werden."

Russische Arbeitersportler in Berlin

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 10. September.

Das erste Treffen eines russischen Arbeitersportbundes und einer Berliner Arbeitersportabteilung gestaltete sich zu einem großen internationalen Meeting. Die russische Fußballmannschaft wurde im Lichtenberger Stadion von über 25 000 Menschen mit dem Gesang der Internationale begrüßt. Der kommunistische Stadtverordnete Stoll begrüßte im Namen der Berliner Arbeitersport die russischen Arbeitersportler. Ein russischer Sportgenosse überbrachte die Grüße aus Rußland und führte aus, daß sie in erster Linie als Klassengenossen zum deutschen Proletariat kommen. Der Wettkampf endete mit einem überlegenen Sieg der russischen Mannschaft (6:0).

Griechenland unterwirft sich. Nach einer Havasmeldung aus London hat Griechenland die Entscheidung der Botschafterkonferenz angenommen.

Die rheinischen Sonderbündler wühlen weiter. Wie die Morgenblätter aus Mainz melden, findet heute in Bonn ein Kongreß der rheinischen Sonderbündler statt, auf dem, wie man erwartet, wichtige Beschlüsse gefaßt werden sollen.

Ein zweiter Fall Schlageter. Das französische Kriegsgericht hat heute den Studenten Raab nach fünfstündiger Verhandlung zum Tode verurteilt. Die Verteidigung hat gegen das Urteil Revision eingelegt.

Aus der Partei

Ein neues System der Beitragskassierung

Die Organisationskommission der Partei hat beschlossen, das im Bezirk Halle-Merseburg seit dem 1. September 1923 eingeführte Beitragsmarken- und Kassierungssystem, vom 1. Oktober an für alle Bezirke einzuführen. Wir drucken diesen Beschluß ab:

„Die rapid steigende Geldentwertung hat notwendig die grundsätzliche Aenderung des bisherigen Beitragsmarken- und Kassierungssystems zur Folge. Es muß die Möglichkeit geschaffen werden, in Verbindung mit der Vereinfachung des Markensystems und des Markenversandes allwöchentlich die Beitragshöhe festzusetzen.

Aus diesem Grunde wird die allmonatliche Farbenänderung abgeschafft. Die Zentrale gibt Marken mit drei verschiedenen Farben (1., 2 und 3. Klasse) heraus. Diese Marken werden mit der fortlaufenden Kalenderwochenzahl, welche sich mit der auf den Markenblättern befindlichen Zahl deckt, versehen, z. B. 40 für die erste Woche im Oktober. Die Bezirksleitungen, bestimmen wöchentlich die Höhe des Beitrages und geben ihm in geeigneter Weise bekannt. In den Bezirkszeitungen muß täglich an einer bestimmten Stelle der jeweils geltende Wochenbeitrag bekanntgegeben werden. Der Beitrag ist so festzusetzen, daß vier Wochenbeiträge dem Stundenlohn eines Arbeiters im Monatsdurchschnitt entsprechen. Das Eintrittsgeld beträgt einen Wochenbeitrag. Der internationale Beitrag wird vierteljährlich besonders erhoben, und zwar in den Monaten Februar, Mai, August und November. Die Beitragshöhe bestimmt die Zentrale der KPD.

Das Einkassieren der Wochenbeiträge **muß wöchentlich erfolgen. Eine Nachklassierung rückständiger Beiträge zum alten Markenpreis ist nicht zulässig.** Für rückständige Wochen **sind die am Tage der Nachklassierung geltenden Marken zu kleben.**

Die Ortsgruppen müssen bis zum 10. des folgenden Monats mit dem Bezirk abgerechnet haben. Die für den Abrechnungsmonat geltenden Marken sind restlos abzuliefern.

Wegen der Geldentwertung leisten die Ortsgruppen wöchentlich Akontozahlungen an den Bezirk.

Wir ersuchen alle Ortsgruppen, obigen Beschluß genau zu beachten und strikte danach zu handeln.

Gleichzeitig fordern wir die Ortsgruppen auf, sofort die Abrechnung der Extramarken (Trotzki) á 50 000 Mark vorzunehmen.

Da alte Marken keine Gültigkeit mehr haben, müssen rückständige Monatsabrechnungen sofort erledigt werden.

Sammelt für den Kampffonds der Partei.

Bezirksleitung der KPD.

Aufforderung. Die Arbeiter-Samariter-Kolonne Mülheim-Ruhr ersucht um die sofortige Einsendung der gesammelten Gelder, die auf Grund der von ihr verschickten Sammellisten eingegangen sind.

Gewerkschaftsbewegung

Zur Lage des Bergarbeiterstreiks in der Tschechoslowakei

Die tschechischen Bergarbeiter stehen nun die dritte Woche im Abwehrkampf. Da durch den Mangel an Kohle schon verschiedene Betriebe kurz vor der Stillegung stehen, und Einschränkungen in den Haus- und Elektrizitätswerken notwendig werden, verschärft sich die Lage täglich. Die Bergarbeiter sind bereit, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn ihnen der seitherige Lohn weiter gezahlt wird. Da die Kohlenindustriellen aber immer noch auf einem 15prozentigen Lohnabbau beharren, ist den Arbeitern die Aufnahme der Arbeit unmöglich gemacht.

Die Schuld der schwierigen Situation, in der sich einzelne Industrien und städtische Werke infolge Kohlenmangels befinden, fällt auf die Regierung. **Der kommunistische Abgeordneten-Klub** hat an das Präsidium des Abgeordnetenhauses die Aufforderung gerichtet, unverzüglich das Parlament einzuberufen. Das Parlament soll zu der durch den Kohlenstreik und die Unternehmermaßnahmen geschaffenen Lage Stellung beziehen. Die Regierung hat bis jetzt auf diese Aufforderung keine Antwort erteilt. Sie hat aber mit den Kohlenindustriellen Verhandlungen gepflogen. Eine Verschärfung der Lage ist dadurch eingetreten, daß der nationalsozialistische Oberbürgermeister von Prag beim Ministerium wegen Kohlenzuweisungen für die Prager Elektrizitätswerke vorstellig geworden ist. In Anbetracht der Prager Messe, die gegenwärtig stattfindet, wude von seiten des Ministeriums **die Lieferung von Streikbrecherkohle zugesagt.**

Die Kohle soll aus Oberschlesien beschafft werden. Die Zentralstreikleitung hat zu dieser Bedrohung bereits Stellung genommen. Es handelt sich jetzt darum, ob die tschechoslowakischen Eisenbahner den Transport von Streikbrecherkohle verhindern werden. Wenn die Einfuhr von Streikbrecherkohle gelingt, so ist der Kampf der Bergarbeiter durchbrochen und wird zu einer Niederlage führen. Bei der Niederlage der Bergarbeiter werden aber auch alle anderen Industriegruppen einen Lohnabbau vornehmen wollen. Der Kampf der Bergarbeiter ist der Kampf des Gesamtproletariats der Tschechoslowakei. Eine Niederlage der Bergarbeiter ist eine Niederlage der gesamten Arbeiterschaft. Es bleibt dem tschechoslowakischen Proletariat kein anderer Ausweg, als geschlossene Solidarität.

Vom Tage

Ein zaristischer Bourgois geprellt. Ein russischer Großindustrieller ließ im Juli 1922 durch das deutsche Konsulat in Moskau drei Pakete mit Schmucksachen, Gold und Silber im Werte von über tausend englischen Pfund nach Berlin schaffen und in der Reichsbank deponieren. Die Pakete sollten nur gegen notarielle Beglaubigung des Rückforderndenen ausgehändigt werden dürfen. Als vor einigen Tagen der Großindustrielle die Pakete abholen wollte, erfuhr er, daß diese bereits von seiner Frau unter Vorweisung einer notariellen Urkunde abgeholt seien. Die Kriminalpolizei stellte fest, daß ein russischer Kaufmann aus Berlin-Steglitz auf Grund gefälschter Papiere sich diese notarielle Beglaubigung hatte ausstellen lassen. Seine Frau hatte dann die Pakete abgeholt. Der russische Kaufmann wurde nunmehr verhaftet.

Zur Erdbebenkatastrophe in Japan. Nach Mitteilungen der japanischen Botschaft in Washington, sind alle Mitglieder der deutschen Botschaft in Tokio bei der Katastrophe unversehrt geblieben. Der deutsche Generalkonsul in Jokohama meldet, daß der Kanzler des Konsulats, Merkel, und acht Japaner unter den Trümmern des Konsulats begraben seien.

Ausschneiden und aufkleben! **Weitergeben!**

An die deutsche Beamtenschaft!

Die Lage der unteren und mittleren Beamten war schon im halbfeudalen Preußen-Deutschland gerade nicht beneidenswert. Ihre sogenannten „Privilegien" bestanden vorwiegend darin, daß sie im Alter eine magere Pension erhielten, die zum Leben zu wenig und zum Sterben zuviel gab. Und doch erscheint die Lage der Beamten in der Vorkriegszeit fast ideal im Vergleich zu ihren heutigen Verhältnissen.

Im **Kriege** wurde der Anfang mit der Vernichtung der Existenz und

Lebenskraft der unteren und mittleren Beamten

gemacht. Auf den Schlachtfeldern des Imperialismus sanken auch ungezählte Beamte dahin. Die daheimgebliebenen brachen, von Hunger und Fronarbeit entkräftet, zusammen. Und während sie glaubten, für ihr Vaterland zu darben und zu sterben, münzten schon damals die Schwerindustriellen, die Kriegsgewinnler und Schieber Gold aus dem Blute des Volkes.

Als der **Zusammenbruch** der bürgerlichen Welt kam, und die Arbeiter für einen Augenblick die Macht in Händen hielten, da atmeten wie von einer schweren Last befreit, auch die unteren und mittleren Beamten auf. Jetzt endlich schien auch für sie die Zeit der Bedrückung vorbei zu sein. Kriecherei und Protektionswirtschaft sollten verschwinden. Dem Tüchtigen sollte die Bahn zum Aufstieg offen sein.

Was ist von diesen Träumen erfüllt worden? Was ist übrig geblieben?

Von der „Demokratisierung der Verwaltung" ist **nichts übrig geblieben als ein hohles Geschwätz** im Munde sozialdemokratischer Schaumschläger und Postenjäger. Das Beamtenrätegesetz wird seit zwei Jahren im Reichstag zu Tode beraten. Kein vernünftiger Mensch kann mehr glauben, daß dieses verrottete Parlament jemals ein Gesetz zustande bringen wird, daß den Interessen der Beamten entspricht. Die **Willkür der oberen Beamtenhierarchie** feiert wieder Triumphe. Gesinnungsschnüffelei und Schikanierung sind an der Tagesordnung. Die

Besoldungsordnung mit ihrer Ueberzahl von Klassen ist ein Hohn

auf eine gerechte Entlohnungsweise. Der prozentuale Teuerungszuschlag, der die unteren und mittleren Beamten in der unglaublichsten Weise benachteiligt, wird nicht durch den einheitlichen Kopfzuschlag ersetzt. Erst im Juni hat der Reichstag wieder alle berechtigten Forderungen der Beamten mit Füßen getreten. Einer kleinen Schicht von oberen Beamten schanzt man riesige Summen zu, während die große Masse vor Not und Entbehrung nicht mehr zu leben weiß.

Die jahrelange Unterernährung hat die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung und auch der Beamten und ihrer Familien untergraben. Bei den **Verkehrs- und Polizeibeamten** zehrt der aufreibende Nachtdienst bei nicht ausreichender Ernährung noch mehr an Lebensmark. Der **Beamte am Schalter**, eingekeilt zwischen oft sinnlosen bureaukratischen Anordnungen, an denen er schuldlos ist und einem nervösen Publikum, rüchet vorzeitig seine Nervenkraft zugrunde. Die Gewißheit, daß alle Mühe und Arbeit nur einer kleinen Schicht von Ausbeutern zugute kommt und letzten Endes unnütz ist, lähmt jede Schaffensfreude. Unzählige Beamte müssen, oft heimlich, einen Nebenberuf ausüben, um sich über Wasser zu halten. Die

letzten Notgroschen sind längst verbraucht,

Unglücksfall oder Krankheit bedeuten oft die Vernichtung.

Währenddessen haben die **Schwerverdiener Hochkonjunktur.** Das Schwerkapital, die Kohlen- und Eisenwucherer, die Großhändler, die Großagrarier, die Spekulanten und Börsenwölfe heben die Mark zu Tode, schrauben die Preise ins Unermeßliche, vernichten unzählige Existenzen, richten den Mittelstand zugrunde, verschieben die Sachwerte ins Ausland und leben mit ihren Weibern und Mätressen in Saus und Braus. Während sie und ihre Soldschreiber in der Presse ein lautes Geschrei über die „hohen Arbeiterlöhne" und die „riesigen Beamtengehälter" die „Faulheit des unproduktiven Beamtenheeres" anstimmen, plündern sie die Beamten und das ganze arbeitende Volk bis aufs Hemd aus, machen ihnen den letzten Bissen Brot streitig, verschlemmen sie die Milch, die den Kindern des Volkes vorenthalten bleibt. Wer kann sich noch ein Buch kaufen, wer noch ein Theater aufsuchen?

Beim **Einbruch** der französischen Räuberimperialisten ins Ruhrgebiet, an dem auch das deutsche Schwerkapital hohe Schuld trägt, haben

die Beamten namenlose Opfer gebracht

und bringen sie noch. Von Haus und Hof verjagt, auf Befehl französischer Offiziierskanaillen wie das Vieh zusammengetrieben, ihrer Habe beraubt, werden sie in das unbesetzte Gebiet abgeschoben. Und es sind immer wieder die kleinen Leute, die sie aufnehmen, die Großen verschließen den Vertriebenen ihre Villen, sie sind taub und blind gegen das Elend der Ausgewiesenen. Währenddessen sind die Stinnes und Krupp, die Antikönige eifrig dabei, mit den französischen Kapitalisten ins Geschäft zu kommen, um gemeinsam mit ihnen das deutsche Volk auszuplündern. Diese Verbindungen sind in unzähligen Fällen nachgewiesen und die offizielle Kapitulation vor Poincaré auf Kosten des arbeitenden Volkes, auf Kosten der Beamten, ist nur eine Frage der Zeit.

Die heuchlerischen Lobeshymnen über das „vorbildliche Verhalten der Beamten im Ruhrgebiet" sind verstummt. Statt dessen setzt eine Hetze gegen die Beamten ein, die an Heftigkeit und Verlogenheit niemals Ihresgleichen hatte. Der Zweck ist klar. Das Sitzneskapital und die Großagrarier wollen keine Opfer bringen und suchen einen Sündenbock, auf den man die Schuld am Zusammenbruch abwälzen könnte. Dazu scheinen ihnen die Beamten gerade gut genug zu sein. Und es ist eine traurige Tatsache, daß die sozialdemokratischen Führer innerhalb und außerhalb der Regierung sich zu Bütteln dieser Bande hergeben. Man erfaßt nicht die Sachwerte, man will statt dessen die

Gehälter der unteren und mittleren Beamten

noch mehr reduzieren. Ja, man hat bereits Vorbereitungen zu Massenentlassungen größten Stils getroffen. Und wieder sind es Sozialdemokraten, die im Dienste der Schwerverdiener und Volksausplünderer die schmutzigste Arbeit verrichten.

Wir sagen den Beamten. **die Parteien der Schwerindustrie**, der Börsenschieber, der Großagrarier und ihre sozialdemokratischen Koalitionsknechte werden Euch aller Eurer wohlerworbenen Rechte berauben. All ihr früheres Gerede über die Erhaltung des Berufsbeamtentums waren Lug und Trug. Und **Hitler, der Knecht Ludendorffs**, hat oft erklärt, daß bei einer „nationalen Diktatur", wie die Völkischen sie erstreben, gegen die Beamten und kleinen Pensionäre noch rigoroser vorgegangen würde.

Nur die Partei des revolutionären Proletariats, die **Kommunistische Partei**, hat sich zu jeder Zeit rückhaltlos für die Interessen der unteren und mittleren Beamten eingesetzt. Das hat sie oft bewiesen, nicht nur bei den Beratungen in den Parlamenten und in ihrer Presse, sondern auch durch die Tat. Denkt an den großen

Februarstreik des Jahres 1922,

als die Eisenbahnbeamten die Preisfechter der Interessen der gesamten Beamtenschaft waren. Entschlossen und unbeirrt durch alle Hetze hat allein die Kommunistische Partei alles getan, um die im Existenzkampf stehenden Beamten zu unterstützen. Sie, und nur sie allein, ist es jetzt wieder, die energisch der Beamtenhetze entgegentritt, die in der gewissenlosesten Weise von allen Seiten betrieben wird. Sie ist die einzige Vertreterin des arbeitenden Volkes und aller Ausgebeuteten im Kampf um ihre Existenz. Sozialdemokratische und bürgerliche Zeitungen suchen Euch von der kommunistischen Bewegung mit der nachgerade etwas abgegriffenen Phrase zu schrecken: „Die Kommunisten steuern in das Chaos!" — Du lieber Himmel! Das könnten wir Kommunisten, selbst wenn wir wollten, nicht vollbringen. Das Chaos ist da! Die Lohn- und Gehaltsempfänger, der Mittelstand, die Rentenempfänger, sie alle drohen in dem von den bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen herbeigeführten Chaos zu versinken, wenn nicht die Kommunistische Partei den Weg ins Freie bahnt.

Die Kommunisten erstreben eine Regierung des arbeitenden Volkes in Stadt und Land, eine

Regierung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern.

Diese Arbeiter- und Bauern-Regierung wird die großen Wucherer und Volksausplünderer an den Galgen bringen. Sie wird verantwortlich sein den Betriebsräten, den Beamten- und Angestelltenräten. Sie wird die Sachwerte erfassen und den großkapitalistischen Haifischen ihre Beute entreißen. Wir wissen, daß der Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft zum besten der breiten Volksmassen unmöglich ist ohne die kenntnisreiche Pflichttreue Mitarbeit des deutschen Beamtentums. Gestützt auf das Vertrauen der Arbeiter, Angestellten und Beamten wird die Kommunistische Partei die Interessen der großen Mehrheit des Volkes im Innern und nach außen energisch und erfolgreich vertreten.

Sie wird vor den französischen Imperialisten nicht auf Kosten der im Ruhrgebiet kämpfenden Beamten, Angestellten und Arbeiter kapitulieren. Sie schließt

mit Sowjet-Rußland einen eisernen revolutionären Block

vom Stillen Ozean bis zum Rhein. Nur so, wenn das arbeitende Volk mit starker Hand das Steuer ergreift und sich selbst vor dem Untergang rettet, kann die Zukunft der Nation gesichert werden.

Beamte! Stellt Euch an die Seite des arbeitenden Volkes! Erkennt: sein Sieg ist auch Euer Sieg, seine Niederlage würde auch Eure Niederlage sein. Nicht in der Vergangenheit liegt das Heil. Ihr könnt Euch nur retten, wenn Ihr entschlossen mit dem handarbeitenden Proletariat gemeinsam den Weg des Kampfes zu einer besseren Zukunft beschreitet. — Schließt Euch an den Reihen des kämpfenden revolutionären Proletariats, schließt Euch an der einzigen Partei des werktätigen Volkes, der Kommunistischen Partei!

September 1923.

Zentrale der KPD., Abt. Gewerkschaften.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230910-17/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Der Verrat der Gewerkschaftsbureaukratie

Die Gewerkschaftsbureaukratie haulte wie Schlafsöter, als die Landarbeiter im Magdeburger Bezirk streikten. Nach infamer verhielt sich die sozialdemokratische „Führerclique" während des Generalstreikes. Jetzt finden wir in der bürgerlichen Presse eine „Erklärung", die den Beweis liefert, wie durch die Taktik der Gewerkschaftsbureaukratie die Arbeiter ins Lager der Faszisten getrieben werden.

Ermsleben. Die wegen des Landarbeiterstreiks Ausgesperrten erlassen folgende Erklärung: Verzweiflung und drohender Hunger zwingen uns zur Flucht in die Oeffentlichkeit. Trotz der Bemühungen des Schlichtungsausschusses sind 13 Landarbeiter um ihre Brotstelle gekommen. Es war kein kommunistischer Streik. Es handelte sich nur um die Besserung unserer wirtschaftlichen Lage. Von unserer Verbandsleitung hörte und sah man nicht viel. Preise für Brot, Margarine, Fleisch, Kleidung stiegen ins Unermeßliche. Und die Anpaßung des Lohnstarifs blieb immer weiter zurück. Welche Not gab es in vielen Familien. Da war dieser Streik nur eine Tat der Verzweiflung. Und nun liegen diejenigen, die sich für die Landarbeiterschaft eingesetzt haben, auf der Straße. Was soll nun mit uns und unseren Familien werden. Der Hunger droht, kein Verdienst ist da. Sollen unsere Angehörigen dem Hungertode verfallen? Deshalb rufen wir auf diesem Wege das Menschlichkeitsgefühl unserer Herren Arbeitgeber an. Sollte sich auch diese unsere letzte Hoffnung zerschlagen, so bitten wir die Einwohnerschaft von Ermsleben und Sinsleben um irgendeine Verdienstmöglichkeit.

Wochenlang tobte die sozialdemokratische Presse über den „kommunistischen Generalstreik". Hier ist die Widerlegung dieses infamen Schwindels.

Der Appell an die „Menschlichkeitsgefühle" der Arbeitgeber wird fruchtlos sein. Die Unternehmer haben kein Menschlichkeitsgefühl. Bei ihnen gilt nur der Profit. Nur der Appell an die Solidarität der Arbeiterklasse wird siegreich sein.

Die Landarbeiter werden erfahren, wie recht die Kommunisten hatten.

Der Erfolg des schmälichen Verrats sozialdemokratischer Wiederaufbaupolitiker rächt sich bitter. Wann wird die Arbeiterschaft Abrechnung halten?

Was bei einem Schwein verdient wird

Die Fleischermeister geben den Landwirten die Schuld an den hohen Fleischpreisen. Gewiß fordern die Agrarier für das Vieh unverschämte Preise, jedenfalls Preise, die weit über den Produktionskosten liegen. Daß aber auch die Fleischermeister einen schönen, runden Verdienst nicht verschmähen, das bestätigt der Landwirt Reichstein in Wünschendorf in einer Zuschrift an das „Lauban er Tageblatt". Er schreibt:

„Vorige Woche verkaufte ich an Fleischermeister Gabriel in Wünschendorf ein 365 Pfund schweres Schwein, das Pfund je 130 000 Mk. laut Breslauer Marktbericht — rund 47 500 000 Mk. für das Schwein.

Am Sonnabend wurde hier das Schweinefleisch je Pfund mit 480 000 Mk. und Speck je Pfund mit 800 000 Mk. verkauft.

Rechnet man einen Schlachtverlust von 85 Pfund, was sehr selten vorkommt, so verbleiben 280 Pfund Fett, Speck und Fleisch. Davon rechnet man 100 Pfund Fett und Speck und 180 Pfund Fleisch.

Also:

100 Pfd. Fett und Speck, je Pfd. 800 000 Mk. . .	80 000 000 Mk.
180 Pfd. Fleisch, je Pfd. 480 000 Mk.	86 400 000 Mk.
Einnahme:	166 400 000 Mk.
Ab der Kaufpreis:	47 500 000 Mk.
Mithin Gewinn an einem Schwein:	118 900 000 Mk.

„Nun urteile ein jeder," schreibt Reichstein weiter, „ob die hohen Fleischpreise gerecht sind? Ausdrücklich bemerke ich, daß während dieser Zeit eine Geldentwertung nicht stattfand. Auch möchte ich nicht verfehlen, die Steuerbehörde und Wucherkommission hierauf aufmerksam zu machen. Ich werde in Zukunft jedes Stück Vieh in meinem Hofe schlachten lassen und so der Bevölkerung zu billigem Fleisch verhelfen. Ich für meine Person bin mit dem erzielten Preise zufrieden, möchte aber nicht, daß sich der einzelne derart bereichert, sondern daß es der notleidenden Bevölkerung zugute kommt."

„Rote Hilfe"

75. Quittung der Bezirksleitung über eingegangene Beträge.

Sammlungen: Gesammelt beim Stiftungsfest des Arbeiter-Athleteniklub Nauksdorf 1 100 300 Mk.; gesammelt im „Reichsadler", Zeitz, 40 000 Mk.; Arbeiter-Radfahrerverein „Solidarität" Löben 2 900 500 Mk.; Genosse W. Zudersleben, durch Genossen Kramer, Naumburg, 501 000 Mk.; gesammelt bei der Auskunft der Weißenfeller Arbeiter-Radfahrer 1 200 000 Mk.; gesammelt bei der Hochzeit des Genossen W. Taube, Osendorf, 1 153 100 Mk.; Kraftsportverein „Felsen", Modelwitz, 2 050 000 Mk.; Genosse Alfred Korn, Schkeuditz, 20 000 Mk.; ein Genosse, Halle, 200 000 Mk.; gesammelt in Maasdorf durch Genossen E. Schäne, Eilenerwerda, 1 456 000 Mk.; Vergnügen des 1. Kraftsportvereins Leitin 58 250 Mk.; Genosse Otto Brind, Halle, 1 000 000; Ortsgruppe Beesenlaubingen 10 000 Mk.; gesammelt durch Genossen Trippler jun., Burgörmer, 500 000 Mk.; Gewerkschaftsfest Freyburg 110 000 Mk.; Genosse Triepel, Halle, 51 000 Mk.; Arbeiter-Radfahrerverein „Frisch auf" Langendegen 1 000 000 Mk.; Genosse Bössenroht, Sangerhausen, 100 000 Mk.; Ungenannt, Sangerhausen, 100 000 Mk.; Fortbildungsschule, Klasse M 2, Weißenfels, 2 450 000 Mk.; gesammelt im „Wiehestiener Krug", Weißenfels, 2 450 000 Mk.; B. A., Weißenfels, 100 000 Mk.; Arbeiter-Turn- und Sportverein Markwerben 1 500 000 Mk.; gesammelt am Biertisch beim Genossen Kämpfe, Zeitz, 2 000 000 Mk.; Genosse Rosiak, Halle, 300 000 Mk.; Genosse Menzel, Körnerstraße, 65 000 Mk.; Theaterabend der Dramatischen Abteilung Ammendorf (Bronzbanschenke) 17 824 855 Mk.; Genosse Gorko, Dobitzsch, 5 000 Mk.; Genosse Schenke, Wittenberg, 500 000 Mk.; Ungenannt, Sprengstoff, Reinsdorf, 100 000 Mk.; Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität", Biehla, 150 000 Mark; Arbeiter-Radfahrerverein Könnern 1 000 000 Mk.; Fr. E. N., Halle, 100 000 Mark; Genosse Hugo Moos, Halle, 20 000 Mk.; Genosse Ernst Müller, Petter, Halle, 40 000 Mk.; Genosse Herm. Adam, Angersdorf, 100 000 Mk.; von einem Streikbrecher der Stadtgärtnerei Halle 100 000 Mk.; von den Zimmerern Halle 58 000 Mk.; K. M., Diemitz, 500 000 Mk.; Genosse Hermann Haupt, Halle, 12 000 Mk.; Genosse Müller, Höhnemann, Halle, 32 000 Mk.; Genosse Carl Bachmann, Halle, Stadtgutung, 100 000 Mark; Genosse Werner, Halle, 15 250 Mk.; Kleingeld durch Genossen Haupt, Halle, 17 000 Mk.; Kleingeld durch Genossen Mende, Halle, 23 000 Mk.

Marken: Ortsgruppe Altranstädt 2000 Mk.

Bezirksleitung für den Agitationsbezirk Halle-Merseburg der Kommunistischen Partei (Deutsche Sektion der 3. Internationale). Abteilung 2. Samisch.

Schkeuditz. Fort mit dem Religionsunterricht. Mit welchen Mitteln von gewisser Seite gearbeitet wird um jede freiere Regung der Arbeiterschaft sofort im Keime zu ersticken, lehrt folgender Vorfall. Von der Gemeinschaft der proletarischen Freidenker, Ortsgruppe Schkeuditz, werden jetzt die Vorarbeiten geleistet, um an Stelle des Religionsunterrichts einen anderen Unterricht, Lebenskunde, obligatorisch an der hiesigen Volksschule zur Einführung zu bringen. Zu diesem Zwecke werden auf Listen Unterschriften der Eltern gesammelt, um so den Nachweis zu erbringen, daß die erforderliche Anzahl Kinder vorhanden ist. Flugs wird die Lehrerschaft in der „richtigen" Weise informiert und aufgepuscht, daß die betreffenden Unterschriften-Sammler sich als Beauftragte der Schule ausgeben, man solle die Kinder aus dem Religionsunterricht abmelden, weil — o Schreck — die Lehrer hier keinen Religionsunterricht mehr erteilen wollen! (Siehe Eingesandt des Lehrerkollegiums in Nr. 209 des „Schkeuditzer Tageblattes vom 9. September 1923.) Kein Wort ist wahr; niemand ist es eingefallen, solche Behauptungen aufzustellen. Man kann daraus ersehen, mit welchen Mitteln sofort die Gegenseite prompt einsetzt. Die Lehrerschaft wird erbittert, die Unterschriften-Sammler sollen abgeschreckt und die Arbeiterschaft verwirrt werden. Arbeiter, zieht daraus Eure Lehren! Nun erst recht heraus mit den Kindern aus dem Religionsunterricht und wenn Euch die Listen vorgelegt werden, müßt Ihr wissen, was Ihr Euren Kindern schuldig seid, gebt Eure Unterschrift! Die Listen tragen den Stempel der Freidenker!

Holzweißig. Schöffen und Geschworene. Das Verzeichnis derjenigen in der Gemeinde Holzweißig wohnhaften Personen, die zu dem Amte eines Schöffen und Geschworenen berufen werden können, liegt vom Sonntag, dem 9. September 1923 an eine Woche lang im Gemeindebureau zu jedermanns Einsicht aus. Einsprüche gegen die Vollständigkeit des Verzeichnisses sind während dieser Zeit bei dem Gemeindevorsteher anzubringen.

Bitterfeld. Die Kartellversammlung findet am 11. September, abends 7 Uhr, im „Bürgergarten" (langes Zimmer) mit folgender Tagesordnung statt: 1. Kartellvorstandswahl. 2. Der Generalstreik. 3. Erwerbslosenfrage. 4. Eingänge.

Schkona. Die hiesige Postagentur ist vom 1. September 1923 in eine Postagentur mit einfacherem Betrieb umgewandelt worden. Künftige Zustellpostanstalt ist Gräfenhainichen (Bez. Halle).

Zschepen. Vergebliche Liebesmüh. Am Sonnabend referierte in einer öffentlichen Landarbeiterversammlung in Zschepen bei Delitzsch der Genosse Ackermann von der Union der Hand- und Kopfarbeiter über das Thema: „Der Existenzkampf des Landproletariats." Redner zeichnete in großen Zügen das Elend des Landproletariats auf, schilderte eingehend die große Gefahr des Faszismus und den Verrat der VSPD. Besonders scharf kritisierte er die gemeinen und schmutzigen Sabotageakte der DLV.-Bureaukraten bei den bisher geführten Landarbeiterstreiks. Gerechte Empörung löste sich bei den Enthüllungen über die Handlangerdienste der DLV.-Bureaukraten bei den Tarifabschlüssen aus, die sie, wie sie selbst offen zugestanden haben, im Interesse des „Wiederaufbaus der deutschen Volkswirtschaft" den Agrariern geleistet haben. Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen schloß der Redner mit dem Appell, die drohende Gefahr richtig einzuschätzen, sich trotz aller Verklesterungsversuche der Bureaukraten des DLV. und der VSPD. unter dem Zeichen von Hammer und Sichel fest zu vereinigen, durch zähen und energischen Kampf die reformistischen Gewerkschaftsführer durch Klassenkämpfer aus den Reihen der Werktätigen zu ersetzen. Als erster Diskussionsredner sprach zunächst der Kreisleiter Theuerkorn vom DLV., der sich, mit guter Rückendeckung versehen (er hatte sich den Stadtverordneten Buhle von der VSPD. mitgebracht), seit langer Zeit einmal wieder in eine öffentliche Landarbeiterversammlung gewagt hatte. Besonders kritisch betrachtete er die Parole zur Bildung einer Arbeiter- und Bauern-Regierung. Er schimpfte weibisch gegen die „nimmersatten Kleinbauern". Er erklärte, daß sie im Interesse der notleidenden Stadtbevölkerung den Generalstreik verhindern mußten, daß sie jedoch den Kampf in Schlesien, der voll und ganz berechtigt gewesen wäre, unterstützt hätten. (?) Genosse Treischok unterstützten die Ausführungen des Genossen Ackermann und ermunterte die Versammlung zum Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften. Herr Buhle von der Massenorganisation der VSPD., wie er die verkrachte Noskepartei nannte, versuchte in demagogischer Weise die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Er wartet auf den Tag der Einigkeit des deutschen Proletariats und schimpft auf die vermaledeiten Kommunisten, die die Einheitsfront sabotieren. In seinem Schlußwort ging der Genosse Ackermann auf die von Theuerkorn und Buhle aufgestellten gegenteiligen Behauptungen ein und entlarvte durch Dokumente und Beweise die Schande der rechtssozialistischen Führer. Die Massen erkennen immer mehr, daß nur die Parole der Kommunistischen Partei, der gestärkte Wille zum rücksichtslosen Klassenkampf, zur Befreiung des deutschen Proletariats führen.

Die Trägerin kassiert sofort die zweite Rate (1100000) und die dritte Rate (2200000) kann ebenfalls mit gezahlt werden!

Kommunistische Partei.

Ortsverein Halle

Ortsleitung: Heute abend 7½ Uhr: **Sitzung.**

Alle Kommunisten des Elektrizitätswerkes Halle müssen heute, Montag, abend 8 Uhr in der „Produktiv-Genossenschaft" zu einer kurzen wichtigen Besprechung erscheinen.

Die KPD.-Genossen der Betriebe: Lange und Geilen, Megelin und Hübner (alle Werke), Hallesche Maschinenfabrik, Eberhardt, Bäckereimaschinenfabrik erscheinen am Mittwoch, 12. September, gleich nach Arbeitsschluß, in der „Produktiv-Genossenschaft" zu einer wichtigen Besprechung.

Bezirksleiter-Fraktion. Dienstag, 11. September, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": **Wichtige Sitzung.** Ohne Parteibuch keinen Zutritt.

Oeffentliche Erwerbslosenversammlung. Morgen, Dienstag, nachmittag 8 Uhr im „Volkspark". Alles muß erscheinen.

Oeffentliche Frauenversammlung. Dienstag, 11. Sept., abends 8 Uhr, im „Volkspark".

Halle-Saalkreis

Distrikt Diläu. Mittwoch, abends 7½ Uhr: **Oeffentliche Versammlung. Thema: Die Arbeiterschaft und die Produktionssabotage.** Referent Genosse Krauser-Halle. Alles muß erscheinen.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen. Montag, 10. Sept., abends 8 Uhr, im Parteibureau: **Vorstandssitzung.** Kreisleitung. Mittwoch, 12. September, abends 7 Uhr, im Parteibureau: **Sehr wichtige Sitzung.** Die Gebietsvorsitzenden müssen unbedingt erscheinen.

Bezirks-Zentral-Buchhandlung

Telephon 2251. **Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.** Telephon 2251.

Schlüsselzahlen: Biva 1 500 000; B.-B. 2 400 000.

Partei-Literatur. Neu erschienen:

Parteitags-Protokoll Leipzig 1923	br. 3,50, gbd. 4,50 M.
Protokoll des IV. Weltkongresses 1923	4,50 M.
Die vaterländischen Mörder Deutschlands. Bayern in der kleinen Entente	—,90 M.
Schlageter: Eine Auseinandersetzung	—,25 M.
Manila: Faszismus in Italien	1,00 M.
Rubiner: Der beste Fabrikdirektor	—,50 M.
Russische Erzählungen: 3 Erzählungen aus der russischen Revolution .	1,30 M.
Iwanow: Panzerzug 14—69. Erzählung, aus d. russischen Revolution .	1,20 M.
Ribeiro: Eine Woche. Erzählungen aus d. russischen Revolution .	1,20 M.
Hecht: Klarkit: Die Einheitsfront, die Spaltungstätigkeit der Amsterdamer und die Offensive des Kapitals	—,20 M.
Rote Gewerkschafts-Internationale 1923, Nr. 4	—,80 M.
Wir sind die Schmiede. Der 7. Reichskongreß der KJJ	—,80 B.-B.

Zeitschriften:

Sichel und Hammer Nr. 11	300 000,00
Kommunistischer Gewerkschafter Nr. 17	80 000,00
Kommunistin Nr. 17	50 000,00
Internationale Nr. 16	4 000 000,00
Junge Garde Nr. 1	50 000,00
Parteiarbeiter Nr. 10	80 000,00

Andere Literatur:

Kropotkin: Ethik	2,50 B.-B.
Hilferding: Finanzkapital	15,00 B.-B.
Nagi: Wirbelsturm	3,50 B.-B.
London: Eiserne Ferse	4,00 B.-B.

„Kampfsieder" zurzeit vergriffen.

Sowjetterne, kleine 1 200 000 Mk., große 1 600 000 Mk.
Bronzebroschen 1 200 000 Mk.
KJJ.-Abzeichen 1 600 000 Mk.
} Nur gegen Voreinsendung oder unter Nachnahme.

Die Rechnungen der Bezirks-Zentral-Buchhandlung sind innerhalb 5 Tage zu bezahlen oder die Rechnung wird auf Grund der erhöhten Schlüsselzahl geändert.

50 Millionen Belohnung

In der Nacht vom 7. auf 8. September wurde aus unserer Spinnerei ein **Ledertreibriemen** 9,90 m lang und 150 mm breit, in seiner ganzen Länge gezeichnet: Meyer Kauffmann, Textilwerke, A.-G., Halle a. S., und Schmidt & Brösel, Halle a. S., **gestohlen.** Obige Belohnung sichern wir demjenigen zu, der uns wieder in den Besitz dieses Lederriemens kommen läßt, oder den oder die Täter unter Diskretion so namhaft macht, daß Klage bei der Staatsanwaltschaft erhoben werden kann. 3872

Meyer Kauffmann,
Textilwerke A.-G.

Volkspark

Dienstag: 3875
Gr. Abschieds-Konzert
unter Mitwirkung des
Arbeiter-Sängerchors.

Baugewerkschaft Halle.

Mittwoch, den 12. September, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" (Restaurationssaal):

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Gewerkschaftliches.
2. Bericht von der Lohnverhandlung.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist unbedingt erforderlich. 3871

Die Ortsverwaltung.

An unsere Inserenten!

Der jeweilige Preis der für die Berechnung der **Anzeigen** in Frage kommt, ist am Kopf unserer Zeitung angegeben. Eine besondere Benachrichtigung erfolgt nicht. **Verlag Klassenkampf.**

Familien-Nachrichten

Zurückgekehrt vom Grabe meiner unvergeßlichen Frau, unserer treusorgenden Mutter, Tochter, Schwester Schwägerin, Tante, Schwiegermutter und Kusine

Marie Werner geb. Jung

sagen wir allen für reiche Kranz- und Geldspenden und allen denen, die ihr das letzte Geleit gaben, herzlichen Dank. Besonders Dank den Schwestern vom St. Elisabethkrankenhaus II für aufop. Pflege während ihrer Krankheit. Herzlichen Dank der Freien Turnerschaft Zwintschöna u. dem dortigen Musikverein. Auch Herrn Pastor Jacobs für die trostreichen Worte u. Herrn Kantor Jahn nebst Schuljugend für den schönen Gesang am Grabe besten Dank. *492

Zwintschöna, 10. Sept. 1923.

Der tieftrauernde Gatte:
Wilhelm Werner nebst Kinder.

Stadt-Theater

Dienstag, 3869
abends 7½ Uhr:
„Armut"
Mittwoch,
abends 7½ Uhr:
„Der Kreuzschütz"

Därme.

Kaufe laufend große und kleine Posten rohe Schafsellfänge, rohe Ziegenfellfänge, rohe R. Schweinsdärme zu sehr hoh. Preisen.

Paul Ehrich,
Reideburger Str. 2

Druck

sachen

aller Art liefert zu zeitgemäßen Preisen die Buchdruckerei der Produktiv-Genossenschaft e. G. m. b. H. Halle, Lerchenfeldstraße 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251. — Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter.

Näherinnen

für Männerhemden und andere leichte Arbeiten sofort gesucht. Meldungen unter Kl. 3868 a. d. Verlag d. Ztg.

U.T. Leipziger Straße 88.
Riesendoppelprogramm
Wer bin ich?
oder
Das Verbrechen im Walde.
Kriminaldrama i. 6 Akten
Die
Sünden d. Mutter
(Im Schatten der Schuld.)
Schauspiel in 5 Akten

W.T. Walhalla-Lichtspiel-Theater.
Riesen-Doppelprogramm!
Die verlorene Stadt
(Lost City).
Großes amerik. Raubtier- und Sensat.-Drama in 8 Teilen (18 Akte). — 2. Teil (6 Akte).
Der schwarze Puma.
Das große Kriminal-Drama:
Im Angesicht des Todes.
5 Akte. 5 Akte.

U.T. Alte Promenade 116
Erst-Aufführung!
Psyscha
die Tänzerin Katharinas der Großen.
6 Akte aus der Zeit der russischen Leibeigenschaft
Das tapfere Schneiderlein
Lustspiel mit Frederic Ruch

Beginn: Wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr. 3874

Bekanntmachung.

Infolge Arbeitsüberlastung bleiben die städtischen Kassen mit Ausnahme der Kassen des Leihamts, der Straßenbahn und des Schlacht- und Viehhofs bis auf weiteres

am Mittwoch jeder Woche

für den Verkehr mit dem Publikum geschlossen.

Halle, den 4. September 1923.

3870 **Der Magistrat.**

Zeitungsträgerin

für **Holzweißig** sofort gesucht.
Gewissenhafte Bewerberinnen wollen sich melden beim Genossen **Fr. Gregorz,** Chausseestr. 32, I.

Feiertags halber

bleiben unsere Geschäfte

Dienstag, 11. September

geschlossen

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstraße 22-23, Rannischerplatz. 3873

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230910-17/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 10. September 1923.

Armut — Aufklärung

Ich glaube, man sieht nirgends so vielerlei Gestalten oder Existenzen „auf einem Haufen" wie in einem Wartesaal vierter Klasse. Dort sieht und hört man mancherlei. Auch ich sah und hörte so manherlei vor kurzem bei einer „Reise". In einem größeren Orte im Harz mußte ich im Wartesaal „übernachten". So lange das Büfett noch „in Betrieb" war, herrschte „reges Leben". Am lebhaftesten war eine Anzahl junger Bürschchen, die irgendeiner „vaterländischen" Vereinigung angehörten. Es wurde ein Kognak nach dem anderen „gekippt"; ein jeder bemühte sich, der „stärkste Mann" zu sein. Dazwischen wurde zur Abwechslung und zur Appetitanregung ein „Ganzes" gehoben und dabei auf die „glorreiche" Zeit angestoßen. Zum Schluß aber mußte unbedingt noch „ner Pulle Wein der Hals gebrochen werden". Dann, d. h. nachdem das Büfett zu ihrem größten Leidwesen geschlossen wurde, verkrümelten sich die „Männer" in irgendeiner Ecke, um von Deutschlands „Heldensöhnen" und „großen Taten" zu träumen. Man mußte eigentlich staunen, woher diese Burschen das Geld hatten. Doch darüber schweigt des Sängers Höflichkeit.

Einer von den jungen Leuten hatte sich an zwei fragwürdige „Schönheiten" mit Madonnenantlitz „herangemacht". Vorher hatte er sich mit dem Stahlhelmabzeichen „ausgezeichnet". Die „Schönen" fingen auch gleich Feuer. Nun war „Prahlhans" in ihm erwacht, d. h. er schilderte alle „seine Taten" — — —. Ein Gegenüber jedoch schien nicht alles zu glauben — — —. „Aber, bitte, mein Ehrenwort!" „Ach was!" „Erlauben Sie, meine verehrten Damen, ich bin Offizier gewesen." Ah, das war natürlich etwas anderes. Jetzt konnten, ja sie mußten alles glauben. „O, Deutschland hoch ihn: bei diesen „Helden" ist Hopfen und Malz verloren, denn diese dem „besseren Stande" anzugehören) zu viel. Doch ich beruhige ihn: bei diesen „Helden" ist Hopfen und Malz verloren; denn diese jungen Helden sind nur „Opfer" des „gesegneten" Militarismus. Damit war er nicht ganz einverstanden. Ich mußte ihn erst davon überzeugen, und so kamen wir ins Gespräch.

Er war auch Offizier gewesen, und zwar gern. Jetzt dagegen sei er anderen Sinnes. Vergebens habe er auf den „Dank des Vaterlandes" gehofft. Augenblicklich war er auf der Suche nach Stellung, aber infolge seiner Gesinnung hatte er noch kein Glück gehabt. Er versicherte mir, daß, wenn er im „Stahlhelm" wäre, er längst Stellung hätte. Sein Geld sei arg „zusammengeschmolzen", seit Tagen nichts Warmes genossen, trocken Brot oder dann und wann mal ein Brötchen waren seine Hauptnahrung. Ich fragte ihn nun, wie es komme, daß er, der ehemalige Offizier, mit guter Schulbildung stellenlos sei usw. Ja, darüber habe er schon nachgedacht, keine Lösung gefunden. Gut, sagte ich, wir wollen mal diesen Fall von den verschiedensten Standpunkten aus betrachten und sehen, welcher der Tüchtigste ist. Nach stundenlanger Debatte über die verschiedensten Soziologien und deren Anwendung, mußte er sich mit meiner, der kommunistischen, Anschauung einverstanden erklären. „Jetzt habe ich zum ersten Male in meinem Leben einen richtigen Begriff vom Kommunismus bekommen." Ich machte ihn noch auf die Kämpfe, die bevorstehen, aufmerksam. „Bitte, ich weiß, was kämpfen heißt und von heute an auch, wo ich meinen wirklichen Feind zu suchen habe . . ."

Mein Zug lief ein und mit festem Händedruck trennten wir uns.

—z.

Gegen die Produktionssabotage

Eine Belegschaftsversammlung der Firma Zimmermann nahm zu den Entlassungen im Betrieb Stellung. Bei dieser Firma sind, wie festgestellt wurde, am 31. August 87 Arbeiter und am 7. September 52 Arbeiter entlassen worden. Weitere Entlassungen stehen noch bevor. Der Betrieb soll mit etwa einem Drittel der Belegschaft weitergeführt werden. Nach kurzer Aussprache wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, die an die Reichsregierung, an den Demobilmachungskommissar und an den ADGB. gesandt worden ist. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Die am 7. September tagende Belegschaftsversammlung der Firma F. E. Zimmermann & Co., A.-G., erklärt mit allem Nachdruck, daß die von der Regierung angekündigte Steuerpolitik leere Worte sind. An dem bisherigen Steuersystem wird nichts geändert. Die Lasten werden den Besitzlosen in noch größerem Maße aufgebürdet. Von einer zwangsweisen Erfassung der Sachwerte und einer Entlassung der Besitzlosen ist keine Rede. Die Steuerdrückebergerei des Großkapitals bei den relativ geringen Steuern, wird kein Ende gemacht. In neuen Formen wird die Steuersabotage fortgesetzt. In Betriebsstillegungen, Einschränkungen und massenhaften Arbeiterentlassungen, soll die Zahlungsunfähigkeit vorgetäuscht werden. Die Devisenverschiebung ins Ausland geschieht umfangreicher den je. Ohne Aenderung des bisherigen Steuersystems, kann den Schiebungen kein Einhalt getan werden. Die Staatskassen werden sich nicht füllen und der katastrophale Währungszerfall wird mit solchen Methoden nicht aufgehalten werden können. Inzwischen aber nimmt die Verelendung der arbeitenden Bevölkerung erschreckende Formen an.

Diesem Zustand kann nur Einhalt geboten werden, durch scharfe Heranziehung des Großkapitals zu den allgemeinen Lasten, ferner dadurch, daß die Unternehmer gezwungen werden, die Betriebe für die Produktion aufrecht zu erhalten und damit die Erwerbslosen in den Produktionsprozeß eingereiht werden. Die Belegschaftsversammlung richtet daher an die Regierung die Forderung, dort, wo Betriebe geschlossen werden, den Betriebsräten die notwendigen Kredite zur Fortführung der Betriebe zur Verfügung zu stellen. In keinem Betrieb dürfen Entlassungen vorgenommen werden. Die Erwerbslosen sind sofort in den Produktionsprozeß einzureihen. Auch die Regierung sollte alles daran setzen, daß kein Lohnabbau stattfindet.

Dienstag, den 11. September, abends 7½ Uhr, im „Volkspark":

Oeffentliche Frauen-Versammlung

Thema: I. Das Recht der Frau auf Arbeit.
II. Die Produktionssabotage des Unternehmertums.

Arbeiterinnen, Hausfrauen, Erwerbslose und produktiv tätige Frauen, verschafft Euch Aufklärung über die Ursachen Eurer Not. Erscheint in Massen!

KPD. Ortsgruppe Halle.

Gegen die Beamtenhetze

Gestern vormittag fand eine von der „Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Anwärter" einberufene öffentliche Beamtenversammlung im „Stadtschützenhaus" statt. In Anbetracht der Wichtigkeit des Themas: „Beamtenschaft, Wirtschaft und Reich" hätte man mehr Zulspruch erwarten dürfen. An Stelle des verhinderten Referenten sprach der Kollege Möller von der Reichsgewerkschaft in sächsischer Weise. Der lebhafte Beifall bekundete, daß die Anwesenden mit den Ausführungen des Redners einverstanden waren. Er brandmarkte vor allen Dingen die grundlosen Angriffe der bürgerlichen Presse auf die deutsche Beamtenschaft, die doch stets ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hat, und trotzdem am schlechtesten bezahlt wird. Trotz der vielen Millionen haben sie noch nicht die Hälfte ihres Friedensgehaltes erreicht. Als im vorigen Jahre die deutschen Eisenbahnbeamten in den Streik für ihre berechtigten Forderungen traten, wurden sie von fast der ganzen Presse verleumdet und gebrandmarkt. Wie erinnerlich, wurde dieser Kampf nur von der kommunistischen Presse unterstützt. Die Beamten waren damals durch Hunger und Not vor die Alternative gestellt, entweder Weib und Kind verhungern zu lassen, oder zu kämpfen. Und dieser durch die Verhältnisse diktierte Kampf war berechtigt und alles andere als verdammenswert. Die Beamten sollten daraus ihre Lehren ziehen und nur noch die Zeitungen lesen, die ihre Interessen vertreten. Der Redner wies weiter nach, daß das Geschrei der bürgerlichen Presse über die Millionengehälter der Beamten ganz unberechtigt sei. Nur die Oberbeamten, die nach den Lohnklassen 12, 13 usw. einteilbar werden, stehen besser da und haben mit den mittleren und unteren Beamten nichts gemein.

Der zweite Redner, ein Kollege aus dem besetzten Gebiet, unterstrich die Ausführungen seines Vorredners und schilderte die Not der Beamten des Ruhrgebiets. Egoismus und Mißtrauen unter den Kollegen müssen verschwinden. Nur Einigkeit und Geschlossenheit der gesamten Beamtenschaft des Reiches könnten die Bestrebungen des Großkapitals (Privatisierung der Eisenbahnen usw.) zunichte machen.

In der Diskussion machte sich ein nicht gewerkschaftlich organisierter Kollege durch seine Unklarheiten lächerlich und verließ, vom folgenden Redner zur Rede gestellt, den Saal.

Im Schlußwort faßte der Referent nochmals alles kurz zusammen und betonte die Notwendigkeit der Organisation und der damit verbundenen Einigkeit.

Kommunistenfresser auf dem Arbeitsnachweis

Die weibliche Angestellte beim Arbeitsnachweis, Barbe, weigerte sich heute morgen, einer Reihe von Arbeiterinnen, die durch die Produktionssabotage der Unternehmer arbeitslos geworden sind, Stempelkarten auszustellen. Die Arbeiterinnen sollen dadurch nicht in den „Genuß" der Arbeitslosenunterstützung kommen und weiterhin bei der Zuteilung von Arbeit ausgeschaltet werden. Die Frau Barbe erklärt, sie arbeite nicht für den „Klassenkampf". Was die Frau mit dieser Bemerkung sagen will, ist uns nicht recht klar. Vielleicht gibt uns der Dezernent Aufklärung darüber. Wir geben aber wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Frau, die sich wahrscheinlich nicht zum Proletariat rechnet, meint, Kommunisten bekommen keine Unterstützung und auch keine Arbeit. Denn sie wurde ganz aufgeregt, als sie bei einigen Arbeiterinnen den Sowjetstern erblickte. Sie forderte sogar diese Arbeiterinnen auf, das Abzeichen hier abzulegen. Vielleicht gibt uns der Dezernent auch darüber Auskunft, ob er derartige Anordnungen für das Arbeitsamt getroffen hat.

Abbau der Mieteinigungsämter

Am 1. Oktober wird der Abbau der Mieteinigungsämter begonnen werden. Von diesem Tage an werden ihre Funktionen in der Weise beschränkt, daß für die Auflösung von Mietverhältnissen, Kündigungen usw. nicht mehr die vorherige schriftliche Genehmigung des Mieteinigungsamts erforderlich ist. Der Mieter wird dadurch allerdings nicht schutzlos gemacht, er wird nur mit seinem Einspruch gegen die Kündigung an die ordentlichen Gerichte verwiesen, die für solche Fälle beschleunigte Termine ansetzen werden.

Damit ist ein Schritt zur Aufhebung der Zwangswirtschaft getan. Diesem ersten Schritt werden bald weitere folgen, so daß der Mieter bald den wucherischen Forderungen der Hausagrarier schutzlos gegenüberstehen wird, wenn er nicht den Kampf gegen das gesamte kapitalistische System aufnimmt.

Mitteilungen des Bezirks-Unterstützungskomitees

Die Ortsgruppen des Saalkreises holen ihre Unterstützungen am Mittwoch von 2—5 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft ab.

Für die Gemaßregelten von Halle.

Die Auszahlung der Unterstützung an die Gemaßregelten, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, findet am Dienstag von 1 bis 4 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft statt.

Kleine gewerkschaftliche Mitteilungen

Ortsverwaltungsmitglieder und Kassierer der Gewerkschaften. Am Donnerstag, dem 13. September, abends 7½ Uhr, im „Volkspark", Beratung über die Weiterführung der Geschäfte des Gewerkschaftskartells, des Arbeiter- und Betriebsrätesekretariats. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig.

Gewerkschaftskartell. Am Freitag, dem 14. September, abends 7½ Uhr, im „Volkspark", Versammlung.

* **Die Beilage Leben, Wissen, Kunst** muß heute wegen anderer sehr wichtiger politischer Artikel und Nachrichten ausfallen.

* **Die KPD.-Genossen der Betriebe Lange & Geiler, Wegelin & Hübner (alle Betriebe), Hallische Maschinenfabrik, Eberhardt, Bäckereimaschinenfabrik, erscheinen am Mittwoch, dem 12. September, gleich nach Arbeitsschluß in der Produktiv-Genossenschaft zu einer wichtigen Besprechung.**

* **Alle Kommunisten des Elektrizitätswerkes Halle müssen heute, Montag, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft zu einer kurzen aber wichtigen Besprechung erscheinen.**

* **Bezirks-Zentralbuchhandlung.** Eine dauernde Anzeige bringt die Bezirks-Zentralbuchhandlung nunmehr in unserem Inseratenteil. Hierin werden alle Parteineuerscheinungen sowie auch die laufenden Zeitschriften regelmäßig aufgeführt, auch wird andere bemerkenswerte Literatur eingeführt. Die Schwierigkeit der Preisbildung in unserer Buchhandlung macht es einerseits notwendig, daß die mit Rechnungen gelieferten Bücher und Zeitschriften innerhalb fünf Tagen zu begleichen sind, andererseits tritt die Notwendigkeit ein, eine werbebständige Berechnungsform zu schaffen. Es wird in Grundpreisen an unsere Literaturobleute geliefert werden, damit die Möglichkeit gegeben wird, ein Büchergager ohne sofortige Zahlung zu halten. Dabei ist folgendes zu beachten, daß jedesmal bei der Aenderung der Schlüsselzahlen die verkauften Broschüren abgerechnet werden, was besonders mitgeteilt werden muß. Es darf also nicht unterbleiben, daß regelmäßig unsere Anzeige auch auf die Schlüsselzahl hin geprüft wird, denn würde eine Aenderung der Schlüsselzahl nicht beachtet werden, so müßte dann die höhere Schlüsselzahl abgerechnet werden. Jedenfalls ist es dadurch wieder im reichsten Maße möglich, die Ortsgruppen mehr als Büchern zu versorgen, ohne daß die Bezirks-Zentralbuchhandlung infolge der Geldentwertung einen zu großen Schaden haben würde. Weiterhin ist in der Anzeige der Preis für Sowjetsterne angegeben und es wird noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß diese nur gegen Voreinsendung des Betrags verschickt werden können. Daß uns alle diese Vorschriften von der katastrophalen Geldwirtschaft diktiert werden, wird wohl den Genossen klar sein. Wir wissen, daß die Agitationspflicht dadurch nicht erlahmen wird.

* **Das Leipziger Meßamtsgeld.** Nachdem die Reichsbank in Berlin ihre Kassen angewiesen hat, das Leipziger Meßamtsgeld als vollgültiges Zahlungsmittel anzunehmen, haben neuerdings auch die Eisenbahnkassen die Anweisung erhalten in gleicher Weise zu verfahren.

* **Zeugen gesucht.** Die Zeugin Arndt, die während des Generalstreiks die Verhaftung eines Arbeiters Ecke Trödel und Börse beigewohnt hat, wird gebeten, ihre Adresse in der Redaktion des „Klassenkampf" abzugeben. Die bereits abgegebene Adresse ist verlorengegangen.

* **Eriappte Einbrecher.** Am Sonntagmorgen drangen Diebe in das Grundstück Kennitzer Straße 22 durch Einsteigen in das Kellerfenster ein. Von vorübergehenden Personen wurde der Einbruch bemerkt und sofort der Wache Meldung erstattet. Durch sofortige Entsendung von Polizeibeamten konnte ein Einbrecher festgenommen werden. Der zweite Einbrecher entzog sich der Festnahme durch die Flucht.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportkartell Halle. Laut Beschluß der letzten Sitzung findet am 30. September ein Staffellauf durch Halle statt. Die Vereine wollen hiervon Kenntnis nehmen und diesen Tag frei halten. Der Ausschuß tagt am Dienstag, dem 11. September, abends 7 Uhr, im Stadion. Erscheinen aller ist Pflicht.

Verantwortlich: Ferdinand Mengel für den redaktionellen Teil; für den Anzeigen: Fritz Krod, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Theater und Konzerte

Die Proletarische Kulturvereinigung

führte am Freitagabend Walter Troppens „Frei-Wild" auf. Wenn die Vereinigung sich Anlauf nahm, um der hallischen Arbeiterschaft einen Genuß in proletarischer Kunst zu bieten, so hat sie am Freitag viel von dem Renommee eingebüßt, denn „Frei-Wild" hätte zumindest erst einer Prüfung unterzogen werden müssen, ehe es die Bühne passiert hätte. Der Inhalt des Stückes, besonders in seinen letzten Akten, zählt dem proletarischen Klassenkampfgedanken direkt ins Gesicht. Zu dem nichtlichen Schauspiel eine Musik, die nicht bazu gehörte, denn zu einem revolutionären Schauspiel gehören wuchtige, impulsive Töne, keine Trauermelsen. Der Anlauf im ersten Akt des Schauspieles mochte an sich kein schlechter Anfang sein, denn der Gedanke, einen akademisch gebildeten Angestellten als revolutionäre Persönlichkeit wirken zu lassen, war gut. Nur hätte sich der Verfasser Walter Troppens darüber klar sein müssen, daß revolutionäre Szenen, mit sentimentalem Liebesquark verquickt, schlecht wirken.

Zum Stück selbst: Hans Georg Bröders, Ingenieur der Firma v. Stapelberg, Kraftwagen-, Flugzeug-, Dampfpflug- und Motorenfabrik, ist mit dem Ausbau einer geschwadmäßen Erfindung im Motorwesen beschäftigt, die er nur zu friedlichen Zwecken der Menschheit schenken will. Zarte, doch feste Liebesbande verbinden ihn mit Erika, dem einzigen Kinde seines Chefs. Er will um ihre Hand erhalten, gerade jetzt, wo eine Menge von Aufträgen für die glänzend gehende Fabrik bei Chef in gute Laune versetzen. Doch ein Rechenbuchser intrigiert gegen ihn, v. Reuben, Polizeichef. Er hat seine Beamten — zu deutsch Spitzel — in der Fabrik, drei als Arbeiter, einen als Ingenieur im Bureau unter den Akademikern. Den Bröders muß nun das Leben nicht Kräften schwergemacht werden mit Durchsetzung seiner Anordnungen, die auf Vernichtung der Erfindung und Bröders Entlassung hinzielen. Besonders sind die Spitzel bemüht, Bröders mannhaftes Eintreten für die wohlbegründeten Forderungen der Arbeiter als revolutionäre Auflehnung hinzustellen. Den Polizeichef halten sie dauernd auf dem laufenden über die Vorgänge in der Fabrik. Zu allem Leidwesen kommt einer der Spitzel hinzu, wie Erika und Bröders sich küssen. Sofort Nachricht an v. Reuben! Der erscheint prompt beim Alten und erzählts ihm in Gegenwart des Spitzels Börner, des Fabrikbureau. Bröders kommt aus der Dreherei zurück, wo soeben der Dreher Matthias vom Treibriemen, am zerrissenen Jackenärmel erfaßt, beim Oelen der Tage den Arm zwischen den Zahnkränzen verlor. Bröders hatte ihn verbunden und besorgt. Des Chefs „gute Laune" nimmt ab, verschwindet ganz, als der Schlosser Börner mit zwei Kollegen erscheint und ihm Forderungen der Belegschaft unterbreitet, 100 Prozent Lohnerhöhung, Abschaffung des Akkord- und Prämiensystems, Unterstützung der Kranken, Entlassung eines Werkmeisters. Er lehnt ab und wirft Bröders Verhetzung der Arbeiter vor. Rechtfertigung hilft nichts. Da tritt Erika hinein und erzählt für Brödern Partei, sagt sich los vom Vater und folgt dem entlassenen Verlobten, der sein Leben fortan der Sache des unterdrückten Arbeitervolkes widmen will.

Das zweite Akt findet das Paar im eigenen Heim, beschäftigt mit Vorbereitungen zu einer Reise Bröders. Sein Buch „Der neue Gott" ist bereits vergriffen, als es die Polizei beschlagnahmen will. Der Pastor versucht vergebens, Bröders und Erika zu retten. Schon den Koffer in der Hand, wird Bröders verhaftet, von drei „Gehilfen" auf Befehl von Reubens findet Haussuchung statt. Reuben erscheint selbst und schickt den Beamten fort, um dann Erika, die sein Ansinnen, sich scheiden und sich mit ihm trauen zu lassen, abschlägt. v. Reuben unternimmt eine Vergewaltigung. Doch Schlosser Kramer und einige Kollegen kommen dazu und befördern den Wüstling hinaus. Inzwischen ist Bröders, weil ihm Zuchthaus droht, entschieden und kommt wieder nach Hause. Ehe er die Flucht fortsetzen kann, stürmt v. Reuben mit seinen Leuten herein, schießt und trifft Erika tödlich. An ihrer Leiche schwören die Arbeiter, nicht eher zu ruhen, bis die „Kampfer" zur Strecke gebracht sind und das Volk frei ist. Bröders schleppen die Schergen ins Zuchthaus.

Im dritten Akt: Kerkerhof. Es gähnt uns ein Zuchthaushof mit Eisengitertür und grauen Mauern trostlos an. Ein Doppelposten „wackerer" Landesjäger schreitet auf und ab. Stahlhelm, Litzte, Handgranate. Blitze durchzucken die Nacht, der Wind pfeift. Der eine, ein zeitfreiwilliger Penäler, sieht Gespenster, wie er glaubt. Es ist aber nur Kramers Sohn, der im schwarzen Mantel und Schlapphut kundschaftend das Zuchthaus umschleicht. Von der Patrouille gefangen, soll er erschossen werden. Der Leutnant will es. Alle verweigern den Gehorsam, nur vier aus der vom Volk erlösenden Kolonne entkommene Zeitfreiwillige wollen es tun. Doch dem Leutnant fällt ein, der junge Kramer könne als Geisel dienen den anrückenden Arbeitern gegenüber, deren Parlamentäre — alte Graukopfe — jetzt erscheinen und Auskunft fordern. Der Leutnant schickt ab, läßt sie hinaus und bindet den jungen Kramer ans Gitertor als Schutz gegen die zu erwartenden Kugeln. Dem gelingt es, seine Wächter für die Sache der Freiheit zu gewinnen und kommt frei. Die Offiziere den Kerkerhof ab und ohne großes Blutvergießen werden Bröders und die anderen politischen Gefangenen frei. Sollen sie doch Gericht sprechen über von Reuben und von Stapelberg, die das befreite Volk als Gefangene in den Hof führten. Das ist ihr Zoll — seines Geldes der eine, seiner Waffen der andere — sollen sie begraben werden, das soll ihre Strafe sein. Die Frühlonne, ein Symbol der neuen Zeit, geht über den Bergen auf und beleuchtet das rote Banner über den grauen Volksmassen im grauen Kerkerhof. Das Volk hat gesiegt!

Im ersten Akt hatte sich der Verfasser schon soweit aus gegeben, daß man kaum denken konnte, was zur Steigerung noch im zweiten und dritten Akt folgen sollte. Und die Enttäuschung kam. Der zweite Akt brachte eine sentimentale Liebesszene, in der die junge Frau Brödern ein ellenlanges Gedicht hersagte. Die Schwärmereien von dem „neuen Gott" verwischte fehr den Kern der Sache. Dann mußten die Arbeiter, die dazukommen, als der Polizeichef die Kergemaltigung an der Frau bereinnimmt, viel impulsiver herausgearbeitet werden. Der gelle Kerl hätte fürchterlich verprügelt werden müssen. Und dann die entsetzliche Trauerszene an der Leiche der erschossenen Frau. Wie kann ein Revolutionär nur solchen Kitsch bauen. Der Pfaffe noch dazu und die schönste katholische Messe würde fertig sein. Freilich rührte das die Tränen vieler Frauen, viele lachten auch. Der zweite Akt war ein Irrtum! Der dritte Akt leidlich bis zum Schluß, wo der gemarterte Ingenieur das „Urteil" über den Kapitalisten und Militarism sprechen soll. Nach revolutionären Grundsätzen gehörten solche grotzen Verbrecher an die Wand. Das war der Fehler von 1918, daß aus rein menschlichen Rücksichten die Verbrecher weiter leben und handeln durften. Diese Fehler sollten den Arbeitern nicht noch in proletarischen Theaterstücken als Grundsatz dargeboten werden. Mit hehren Worten von „Menschheitskultur" ist da verflucht wenig getan. Der falsche Gedanke eines verkehrten Pazifismus verdunkelt das Stück vollkommen. Der allem mußte die widerliche Verhimmelung des „Führers" Brödern unterlassen werden.

So gut der Wille auch sein mag, von dem sich Troppens leiten ließ, so verderblich kann aber seine mühevolle Arbeit wirken, wenn Gedanken nicht zu Ende gedacht werden. Eine vollkommene Umarbeitung des Stückes ist notwendig, ehe es zum zweitenmal aufgeführt wird, denn es liegt immerhin auf der Proletarischen Kulturvereinigung ein Stück Verantwortung, wenn sie mit proletarischen Theaterstücken vor die Massen tritt. Sie hat Kräfte in sich und kann etwas leisten. Also das nächste Mal etwas besseres.

Die Proletarische Kulturvereinigung bittet uns mitzuteilen, daß am Freitag, dem 14. September, auf vielseitigen Wunsch das Schauspiel „Frei-Wild" nochmals im großen Saale des „Kolkspark" zur Aufführung gelangt. Karten im Vorverkauf zum Preise von 250 000 Mark sind bei sämtlichen Mitgliedern der Vereinigung, in den Verkaufsstellen des Allgemeinen Konsumvereins sowie in den Buchhandlungen der „Produktiv-Genossenschaft" und der „Volkswacht" zu haben. Es ist ratsam, sich frühzeitig mit Eintrittskarten zu versehen, da an der Abendkasse der Preis entsprechend der Geldentwertung eventuell wesentlich erhöht wird.

Kolkspark. Morgen, Dienstag, veranstaltet der Bildungsausschuß ein großes Abschiedskonzert unter der gütigen Mitwirkung des Arbeiter-Sängerchors. Niemand versäume das gute Programm. Im kleinen Saal täglich Variete-Vorstellung.

Filmnachrichten

UT., Alte Promenade: Sächsische. Dieser Film ist in dem heutigen Rußland von einer Konzessionsfirma hergestellt, die infolge der Nep-Wirtschaft die Möglichkeiten jetzt erworben hat. In einem angebauten Kinosaale an verschiedenen Stellen, wie Jenkinsfirch, die darstellerisch, haben ganz hervorragende Schauspieler dies Kinofilm geschaffen. Aus der Zeit Katharinas der Großen, als es noch die Leibeigenschaft gab, hatten die Gutsbesitzer ihre eigenen Tanzgruppen, was auch noch in Frankreich Menuetten zu lesen ist, und oft merkte sicher hervorragendes geleistet, eben so weit, wie es die damalige Zeit von den Franzosen abguden konnte. Die Tänzerin der Zarin war ihr von einem Gutsbesitzer überlassen worden, doch ihr Partner mußte unter der Schwelle Zeit der Leibeigenschaft bleiben, so war dies Liebesdrama vorzeitnet geirrennt. Wie es nun doch trotz der verhaßten Sklavenjägerei des Gutsbesitzers endlich glückte, auch dem Tänzer seine freie Kärstberuhn zu eröffnen und mit der Zarin Pöchsch zusammen zu leben, das ist ein Spiel, in dem die feine russische Schauspielkunst glänzende Leistungen findet. Wenn auch der ganze Film, eben durch eine Konzessionsfirma hergestellt, eine Konzession an die europäische Gesellschaft ist, so ist zweierlei doch ganz scharf betont. Das Abhängigkeitsgefühl eines Sklaven ist die größte Fessel und die größte Quälerei, die ein Mensch erleiden kann, und die Beherrschung durch die allgemeinen Zunfter das höherregendste. Dann zeigt es die Festigkeit der heutigen russischen Sowjet-Regierung, daß nämlich ein solches Stück in russischen Kinos gespielt werden kann, ohne daß die „Fürstenherrlichkeit" falsch gedeutet wird. Ein Zweifel darüber, daß man solch glänzendes Stück schon in Rußland aufnimmt, braucht man nicht zu haben wenn man die russischen Verhältnisse etwas verfolgt hat. GSB.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230910-17/fragment/page=0005

Der Partisanenkrieg*)

Von Lenin

Unsere Partei und die Arbeitermasse bekundet ein starkes Interesse für die Frage über Partisanen-Aktionen. Wir haben diese Frage schon wiederholt vorübergehend berührt und beabsichtigen jetzt, an die schon versprochene ausführliche Darlegung unserer diesbezüglichen Ansichten zu schreiten

I

Beginnen wir mit den ersten Anfängen; welche grundlegenden Ansprüche muß jeder Marxist gegenüber der Erörterung der Frage über die Formen des Kampfes erheben? Vor allem unterschidet sich der Marxismus von allen primitiven Formen des Sozialismus dadurch, daß er die Bewegung durch keine bestimmte Kampfesform bindet. Er anerkennt die verschiedensten Formen des Kampfes, wobei er sie nicht „erdenkt", sondern nur verallgemeinert, organisiert und jenen Formen des Kampfes der revolutionären Klassen, die im Gange der Bewegung von selbst entstehen, eine bewußte Form verleiht. Jeglichen abstrakten Formen und doktrinären Rezepten feindlich gegenüberstehend, fordert der Marxismus eine aufmerksame Stellung zu dem stattfindenden Massenkampf, der im Laufe der Entwicklung der Bewegung, des Anwachsens des Klassenbewußtseins der Massen, der Zuspitzung der wirtschaftlichen und politischen Krisen immer neue und mannigfaltigere Methoden der Verteidigung und des Angriffs hervorbringt. Daher lehnt der Marxismus entschieden keine einzige Form des Kampfes ab. Der Marxismus beschränkt sich keinesfalls auf die im gegebenen Moment möglichen und bestehenden Formen des Kampfes und anerkennt die Unvermeidlichkeit neuer, den Führern der gegebenen Periode noch unbekannter Kampfesformen, die nach der Aenderung der gegebenen sozialen Konjunktur zur Notwendigkeit werden müssen. Der Marxismus lernt in dieser Beziehung — wenn dieser Ausdruck zulässig ist — von der Massenpraxis und ist weit davon entfernt, den Massen von theoretischen „Systematikern" erdachte Kampfesformen beibringen zu wollen. Wir wissen — sagt z. B. Kautsky in seinen Ausführungen über die soziale Revolution —, daß die zukünftige Krise neue Kampfesformen mit sich bringen wird, die wir nicht voraussehen können.

Zweitens verlangt der Marxismus unbedingt eine historische Betrachtung der Frage über die Formen des Kampfes. Diese Frage von der historisch-konkreten Lage unabhängig erörtern zu wollen, heißt die Elemente des dialektischen Materialismus nicht begreifen. In verschiedenen Momenten der wirtschaftlichen Evolution und entsprechend den verschiedenen politischen, national-kulturellen usw. Verhältnissen, treten verschiedene Formen des Kampfes in den Vordergrund, werden zu den wichtigsten Kampfesformen und im Zusammenhange damit ändern sich auch die zweitklassigen nebensächlichen Kampfesformen. Auf die Frage bezüglich eines bestimmten Kampfmittels mit Ja oder Nein antworten zu wollen ohne die konkrete Lage der betreffenden Bewegung auf der gegebenen Stufe ihrer Entwicklung in ihren Einzelheiten zu untersuchen, heißt den Boden des Marxismus völlig verlassen.

Das sind die beiden grundlegenden theoretischen Sätze, die für uns in dieser Beziehung maßgebend sind. Die Geschichte des Marxismus in Westeuropa gibt uns eine Menge von Beispielen, die das oben Ausgeführte bestätigen. Die europäische Sozialdemokratie betrachtet gegenwärtig den Parlamentarismus und die Gewerkschaftsbewegung als die wichtigsten Kampfesformen, sie hat aber früher den Aufstand als wichtigste Kampfesform anerkannt und ist völlig bereit, ihn nach Aenderung der gegenwärtigen Konjunktur auch in der Zukunft trotz der Meinung der liberalen Bourgeoisie vom Schlage der russischen Kadetten und der „Besiaglavci" als die wichtigste Form des Kampfes anzuerkennen. Die Sozialdemokratie hat in den 70er Jahren den allgemeinen Streik als typische Panacée als Mittel, die Bourgeoisie auf einmal, auf nichtpolitischem Wege zu stürzen, abgelehnt, — die Sozialdemokratie ist aber völlig bereit, den politischen Massenstreik (besonders nach den Erfahrungen in Rußland im Jahre 1905) als eines der Kampfesmittel, das unter gewissen Bedingungen notwendig ist, anzuerkennen. Die Sozialdemokratie hat den Barrikadenkampf in den Straßen in den 40er Jahren des 19 Jahrhunderts anerkannt — sie hat ihn aus bestimmten Gründen Ende des 19. Jahrhunderts abgelehnt und hat sich völlig bereit erklärt, die letztere Ansicht einer Revision zu unterziehen und nach den Erfahrungen Moskaus, die, wie Kautsky erklärt, eine neue Barrikaden-Taktik gezeigt haben, die Zweckmäßigkeit eines Barrikadenkampfes zuzugeben.

II.

Nach Feststellung der allgemeinen Stellung des Marxismus zu dieser Frage gehen wir zur russischen Revolution über. Betrachten wir die historische Entwicklung der von ihr angewendeten Kampfesformen. Zuerst die wirtschaftlichen Streiks der Arbeiter (1896 bis 1900), dann die politischen Demonstrationen der Arbeiter und Studenten (1901, 1902) die Bauernaufstände (1902) der Anfang der politischen Massenstreiks in verschiedenen Kombinationen mit Demonstrationen (Rostow 1902), die Streiks im Sommer 1903, der 9. Januar 1905, der allrussische politische Streik mit Barrikadenkämpfen an einzelnen Orten (Oktober 1905), der Barrikadenmassenkampf und der bewaffnete Aufstand (Dezember 1905), der friedliche Kampf im Parlament (April bis Juni 1906), die militärischen Teilaufstände (Juni 1905 bis Juni 1906) und die Bauernteilaufstände (vom Herbst 1905 bis zum Herbst 1906).

So war die Sachlage im Herbst 1906 vom Standpunkte der Kampfesformen im allgemeinen. Die „Antwort" des Absolutismus auf diese Kampfesform besteht in den Pogromen der schwarzen Hundertschaften, angefangen an Kischinew im Frühjahr 1903 bis Siedlez im Herbst 1906. Während dieser gesamten Periode schreitet die Organisation der Pogrome und der Mißhandlungen von Juden, Studenten, Revolutionären und klassenbewußten Arbeitern immer weiter, vervollkommnet sich immer mehr, wobei sich zu den Gewalttätigkeiten des angeworbenen Pöbels die Gewalttätigkeiten des reaktionären Militärs gesellen und es zur Anwendung von Artillerie in den Dörfern und Städten zu Strafexpeditionen usw. kommt.

Das ist der Grundton des Bildes. Auf diesem Hintergrund tritt zur Schau — zweifellos als etwas Zweitklassiges und Nebensächliches — jene Erscheinung, deren Erörterung und Einschätzung der vorliegende Artikel gewidmet ist. Was stellt diese Erscheinung vor? Welches sind ihre Formen und Gründe, wann entstand sie und in welchem Maße ist sie vorbereitet? Welche Bedeutung besitzt sie im allgemeinen Gange der Revolution und welchen Bezug hat sie zu den durch die Sozialdemokratie organisierten und geführten Kampfe der Arbeiterklasse? Das sind die Fragen, zu denen wir jetzt, nach der im Obigen gegebenen Schilderung des Grundtons überzugehen haben.

Die Erscheinung, die uns jetzt beschäftigt, ist der bewaffnete Kampf. Dieser Kampf wird von einzelnen Personen und von kleineren Truppen geführt. Zum Teil gehören diese Personen revolutionären Organisationen an, zum anderen Teil hingegen (in manchen Gebieten Rußlands zum größeren Teil) stehen sie außerhalb jeder revolutionären Organisation. Der bewaffnete Kampf verfolgt zwei verschiedene Ziele, die streng voneinander unterschieden werden müssen. Dieser Kampf hat zum Ziel erstens die Ermordung einzelner Personen, führender oder untergeordneter Angestellter des Militär- und Polizeidienstes und zweitens die Enteignung von Geldmitteln, sowohl von der Regierung, wie auch von Privatpersonen. Die konfiszierten Mittel werden zum Teil für Parteizwecke, zum Teil speziell für die Vorbereitung des Aufstandes und schließlich für den Unterhalt der Personen, die diesen Kampf führen, verwendet. Die großen Expropriationen (die im Kaukasus, wo es sich um über hunderttausend Rubel handelte, und in Moskau, wo 875 000 Rubel beschlagnahmt wurden) wurden in erster Reihe zum Besten der revolutionären Parteien unternommen, die kleinen Expropriationen werden vor allem und zuweilen auch gänzlich für den Unterhalt der „Expropriateure" verwendet. Einen hohen Grad der Vorbereitung und Entwicklung erreichte diese Form des Kampfes zweifellos erst im Jahre 1906, d. h. nach dem Dezemberaufstand. Die Zuspitzung der politischen Krise, bis zum Grade des bewaffneten Kampfes und insbesondere die Verschärfung des Elends, der Hungersnot und der Arbeitslosigkeit auf dem Lande und in den Städten spielte eine bedeutende Rolle unter den Gründen, die die in Frage stehende Form des Kampfes hervorgerufen haben. Als vorwiegende und sogar ausschließliche Form des sozialen Kampfes wurde diese Kampfesform von den lumpenproletarischen Elementen der Bevölkerung und den anarchistischen Gruppen angenommen. Als die hierauf erteilte „Antwort" in der Kampfführung von seiten des Absolutismus ist der Kriegszustand, die Mobilisierung neuer Truppen, die von den schwarzen Hundertschaften veranstalteten Pogrome (Siedlez) und die Militärfeldgerichte zu betrachten.

III

Die übliche Einschätzung der in Frage stehenden Kampfesformen besteht darin, daß das Anarchismus, Blanquismus und veralteter Terror ist und die Handlungen einzelner von den Massen losgetrennter Personen darstellt, Handlungen, die die Arbeiter demoralisieren, breite Kreise der Bevölkerung von ihnen abstoßen, die Bewegung desorganisieren und der Revolution nur Schaden zufügen. Beispiele für die Rechtfertigung einer solchen Einschätzung werden mit Leichtigkeit in den täglichen Mitteilungen der Zeitungen gefunden.

Wird aber diese Einschätzung durch die erwähnten Beispiele tatsächlich gerechtfertigt? Um das zu prüfen, nehmen wir das Gebiet mit der größten Entwicklung der in Frage stehenden Kampfesform: das lettische Gebiet. Die „Nowoje Wremja" (vom 8. und 12. September) beklagt sich im folgenden über die Tätigkeit der lettischen Sozialdemokratie: Die Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (ein Teil der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei) gibt ihr Organ regelmäßig in 30 000 Exemplaren heraus. Im offiziellen Teil dieses Organs werden die Namenslisten der Spione veröffentlicht, deren Beseitigung die Pflicht jedes ehrlichen Menschen ist. Jene, die der Polizei Mithilfe leisten, werden als „Feinde der Revolution" erklärt, sind zu vernichten und haben außerdem auch mit ihrem Vermögen. Die Bevölkerung wird aufgefordert, Geld für die Partei nur gegen eine mit Stempel versehene Quittung zu übergeben. In der letzten Verrechnung der Partei ist unter den Jahreseinkünften in der Höhe von 48 000 Rubel eine von der libauischen Ortsgruppe durch Expropriation erworbene und für Bewaffnungszwecke bestimmte Summe in der Höhe von 5600 Rubel angeführt. Die „Nowoje Wremja" ist natürlich über diese „revolutionäre Gesetzgebung", über die „schreckenerregende" Regierung ganz außer sich vor Wut.

Niemand wird diese Tätigkeit der lettischen Sozialdemokraten als Anarchismus, Blanquismus oder Terrorismus bezeichnen. Warum aber? Weil hier der Zusammenhang dieser neuen Kampfesform mit dem Aufstand, der im Dezember stattgefunden hat und jetzt von neuem heranreift, klar ist. In Anwendung auf ganz Rußland ist dieser Zusammenhang nicht so klar, er besteht aber trotzdem. Die Tatsache, daß der „Partisanenkampf" sich gerade nach dem Dezember ausgebreitet hat und sein Zusammenhang mit der Zuspitzung nicht nur der wirtschaftlichen, sondern auch der politischen Krise, steht außer allem Zweifel. Der frühere russische Terrorismus war ein Werk des Intellektuellen-Verschwörers. Gegenwärtig wird der Partisanenkampf in der Regel von dem kämpfenden Arbeiter oder einfach durch den erwerbslosen Arbeiter geführt. Leute, die zu schablonenmäßigem Denken geneigt sind, verfallen leicht auf den Gedanken des Blanquismus und Anarchismus; unter den im lettischen Gebiet so klaren Bedingungen des Aufstandes aber tritt die Nichtanwendbarkeit dieser üblichen Etiketten klar zutage.

Am Beispiel der Letten ist das Unrichtige, Unwissenschaftliche und Unhistorische der bei uns so üblichen Analyse des Partisanenkrieges ohne jeden Zusammenhang mit dem Milieu des Aufstandes mit besonderer Klarheit sichtbar. Wir müssen dieses Milieu berücksichtigen, die Eigenheiten der Zwischenperioden der großen aufständischen Aktionen durchdenken, müssen begreifen, welche Kampfesformen unvermeidlich aus dieser Lage entstehen und dürfen die Sache nicht mit eingepaukten Worten, die die Kadetten und die „Nowoje Wremja" in gleicher Weise gebrauchen: Anarchismus, Raub und Lumpenproletariertum! abzutun.

Es wird behauptet: Die Partisanenaktionen desorganisieren unsere Tätigkeit. Untersuchen wir diese Behauptung im Lichte der nach Dezember 1905, in der Epoche der Pogrome der schwarzen Hundertschaften und des Kriegszustandes eingetretenen Lage. Was desorganisiert die Bewegung in einer solchen Epoche in größerem Maße: Das Fehlen eines Widerstandes oder ein organisierter Partisanenkrieg? Vergleicht diesbezüglich Zentralrußland mit seinen westlichen Grenzgebieten, mit Polen und Lettland. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Partisanenkampf im westlichen Grenzgebiet in weit größerem Maße verbreitet und entwickelt ist als im übrigen Rußland. Genau so unbezweifelbar ist auch, daß die revolutionäre Bewegung im allgemeinen und die sozialdemokratische Bewegung im besonderen in Zentralrußland mehr desorganisiert ist, als in den westlichen Grenzgebieten. Es wird uns natürlich nicht einfallen, daraus die Folgerung zu ziehen, daß die polnische und lettische sozialdemokratische Bewegung infolge des Partisanenkrieges weniger desorganisiert ist. Nein, daraus folgt nur, daß der Partisanenkrieg an der Desorganisation der russischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Jahre 1906 keine Schuld trägt.

Es wird bei dieser Frage oft auf die Einzelheiten der nationalen Verhältnisse hingewiesen. Dieser Hinweis verrät aber mit besonderer Klarheit die Schwäche der üblichen Argumentation. Wenn es sich um nationale Verhältnisse handelt, so kann füglich nicht von Anarchismus, Blanquismus, Terrorismus — von Sünden, die für ganz Rußland und sogar im besonderen nur für die Russen charakteristisch sind — gesprochen werden, sondern der Grund liegt eben in etwas anderem. Dieses Etwas müssen Sie aber, meine Herren, konkret untersuchen. Sie werden dann sehen, daß die nationale Unterdrückung oder der nationale Antagonismus nichts erklären, denn sie haben im westlichen Grenzgebiet immer bestanden, zum Partisanenkampf ist es aber nur in der gegenwärtigen historischen Periode gekommen. Es gibt viele Orte, wo es wohl nationale Unterdrückung und Antagonismus, aber keinen Partisanenkampf gibt, der sich zuweilen, ohne jede nationale Unterdrückung, entwickelt. Eine konkrete Untersuchung der Frage wird zeigen, daß es nicht auf die nationale Unterdrückung, sondern auf die Bedingungen des Aufstandes ankommt. Der Partisanenkampf ist eine unvermeidliche Form des Kampfes in einer Zeit, in der die Massenbewegung sich bis zum Aufstande entwickelt hat und dann mehr oder minder große Zeiträume zwischen den „großen Schlachten" im Bürgerkrieg eintreten.

Die Bewegung wird nicht durch die Partisanenaktionen, sondern durch die Schwäche der Partei, die nicht imstande ist, die Bewegung in ihre Hände zu nehmen, desorganisiert. Daher kommt es, daß die bei den Russen üblichen Verdammungsurteile gegen Partisanenaktionen in Gemeinschaft mit geheimen, zusammenhanglosen und nichtorganisierten Partisanenaktionen, die die Partei tatsächlich desorganisieren, auftreten. Da wir nicht imstande waren, zu begreifen, welche historischen Bedingungen diesen Kampf hervorrufen, sind wir auch nicht imstande, seine schlimmen Seiten zu paralysieren. Der Kampf aber dauert an, weil er durch machtvollste wirtschaftliche und politische Gründe hervorgerufen wird. Wir sind nicht imstande, diese Gründe zu beseitigen und dadurch diesen Kampf ein Ende zu machen. Unsere Klagen über den Partisanenkrieg sind Klagen über die Schwäche unserer Partei in bezug auf den Aufstand.

(Fortsetzung folgt.)

*) Erschienen in der Nr. 5 des „Proletarier" vom 30. September 1906.

Siavus

16] Siebzehn Geschichten von Maria Szucsich

(Schluß.)

Der Tod des Siavus

Die Werktätigen, mit Siavus an der Spitze, hatten es äußerst schwer, denn die habgierige Jschucht ließ sich nicht von heute auf morgen in Güte verwandeln. Viele, insbesondere die Landleute, verstanden gar nicht, was zu ihrem Wohle geschah. Am meisten jedoch schadeten der neuen Macht der vertriebene Schah und dessen Anhänger. Ein gutes Gesicht zeigend, drängten sie sich überall vor, derweil sie im Geheimen zu den fremden Herrschern Boten schickten, sie mögen ihnen unwissende Soldaten senden, mit denen sie die Macht der Werktätigen stürzen könnten. So geschah es, daß die Werktätigen kaum mit dem großen Neuaufbau begonnen hatten, als sie auch schon von allen Seiten durch die unwissenden Soldaten fremder Herrscher bedroht wurden.

Siavus sah den Eidbruch seines Vaters und sprach zu diesem:

„Die Sonne ist noch nicht einmal aufgegangen und Du verräßt uns auch schon?"

„Wodurch habe ich Euch verraten?" fragte der abgesetzte Schah.

„Du hetzest die Soldaten der Bruderländer mit falschen Beschuldigungen wider uns. Und mich beschimpfst und schmähst Du, während Du vorgibst, mir helfen zu wollen."

„Ich verrate Dich nicht. Wie sollte ich denn auch den eigenen Sohn verraten?" sprach der Schah mit scheinheiligem Gesicht.

Unterdessen verbanden sich die Leute des Schahs mit den fremden Soldaten, raubten und mordeten, und als mit Entsetzen gefragt wurde, wer dies tat, da sagten sie:

„Siavus und die Seinen."

Wieder zerfiel das Volk in zwei Teile: in Gläubige und Ungläubige.

Die Gläubigen sprachen:

„Wir werden durchhalten. Und wenn wir dabei sterben, so sterben wir für uns!"

Die Ungläubigen sprachen:

„Es ist besser, die Macht an die Reichen zurückzugeben, denn wir kämpfen ohnehin vergeblich. Die Reichen werden immer siegen."

Siavus sah die Spaltung und ermutigte verzweifelt die Ungläubigen:

„Haltet zusammen! Zeigt, daß Ihr auch in der Verteidigung Eurer Macht unerschrocken seid! Wenn Ihr dies nicht glaubt, so werdet Ihr ins Elend zurückfallen, und die Euch einmal getreten haben, werden Euch nach Eurem Sturz dreimal treten!"

Aber die Ungläubigen vermochten nicht an die eigene Kraft zu glauben. Sie mischten sich unter die Reichen, die sich von den Gewändern die goldenen Knöpfe rissen und sie an die Verräter verteilten sagend:

„Seht, wir sind gut, Siavus aber ist ein böser Narr!"

Und so geschah es, daß die Reichen, den Schah an der Spitze, zusammen mit den Soldaten der fremden Herrscher und den ungläubigen Siavus überfielen und gefangen nahmen.

Aber wehe auch jenen, die den Glauben verloren hatten, denn auch sie wurden gefangen genommen.

Und wehe allen Arbeitenden, denn sie wurden noch tiefer gestoßen!

Siavus sprach zu seinem Vater:

„Schah, Du hast falsch geschworen, hast Dein Gelübde gebrochen und die Arbeitenden verraten!"

Der Schah sah Siavus hochmütig an und sprach:

„Wer würde nicht falsch schwören, wenn es sich um seinen Reichtum handelt? Dies ist meine Klugheit!"

Nun mußte Siavus erkennen, daß in den Reichen der Mensch gestorben ist.

Geißeln pfiffen durch die Luft, und die Klagen der Gequälten gellten. Fesseln klirrten und Flüche brüllten.

Der Schah wandte sich zu den Seinen, schaute dann mit scheinheiligen Augen auf Siavus und sprach:

„O, wie leid er mir tut! Doch verdient er den Tod!"

Und die Reichen riefen:

„Wir fordern seinen Tod!"

„Euer Wille geschehe!" — sprach der Schah.

„Ja, ich verdiene den Tod!" — rief Siavus voll Ueberzeugung — „denn ich hatte mit den Erbarmungslosen Erbarmen!"

Als der Henker Siavus den Kopf abschlug, entstand eine so tiefe Stille, daß davon die Ordnung der Welt zu beben begann.

*

Die Auferstehung des Siavus

Die in ihrem Lauf gelähmte Zeit sprach zur Sonne, die sie maß:

„Blick zur Erde nieder, denn wir ist, als hätte man mich zum Stehen gebracht."

Da schaute die Sonne zur Erde nieder und erblickte den ermordeten Leib des Siavus'.

Und als sie im Mittag stand, öffnete sie den feuerspeienden Mund und rief laut, auf daß jeder es höre:

„Ewig ist die Zeit, ewig ist das Leben und ewig ist das Vorwärtsstreben!

Du Rückständiger, hast die Zeit in ihrem Lauf aufgehalten, hast das Leben gerauht und das Vorwärtsstreben in Fesseln geschlagen! Höre, o Schah! Du hast meinen Bruder getötet, der für alle in gleichem Maße das Gute wollte, wie auch ich für alle scheine und leuchte! Ich aber werde seinen Leib auffissen, ihn zu Asche verbrennen und in alle Richtungen der Erde streuen. Höret mich, die Ihr die Zeit aufhalten wollt: Nährt und tränkt Eure Kinder nicht, denn die Asche des Siavus wird im Wasser sein, in der Erde sein, aus der die Freuden sprießen, und sie wird sein in der Mutterwicht und in der Luft!

Ihr Reichen! Hört es: Siavus kann nicht getötet werden, denn er ist das Vorwärtsstreben! Er wird niederkommen und zusammen mit ihm die Erkenntnis, daß Ihr erbarmungslos das Rad der Zeit zurückhalten wollt. Er wird von Euch die Erbarmungslosigkeit lernen, die Ihr durch den Mord an ihm besiegelt habt!

Freut Euch nicht, jubelt nicht, Ihr Reichen, denn schon naht das Ende Eures Reiches und treten werden Euch die Ungläubigen, die Ihr jetzt dreimal tretet!"

Da der Schah dies vernahm, erfaßte ihn unbeständig Angst.

„Beeilt Euch, werft die Leiche des Siavus in den reißenden Fluß!" — herrschte er seine Diener an.

Aber noch ehe die Diener den Leichnam des Siavus erreichten, hatte die Sonne diesen bereits in sich aufgeküßt und die Asche in die Luft gestreut. Und dies war die Auferstehung des Siavus.

An jener Stelle aber, wo das Blut des Siavus verströmt war, sprossen zwischen dem Gras rote Blumen. Der Schah und seine Diener versuchten, die roten Blumen so gründlich auszurotten, daß von ihren Wurzeln nicht einmal eine Spur zurückbleiben möge.

Die roten Blumen jedoch hatten ihre Wurzeln bereits so tief gesenkt und im Innern der Erde derart verzweigt, daß sie gen Osten und Westen, gen Norden und Süden und in die acht Windrichtungen durchdrachen, und daß überall rote Blumen in voller Pracht erblühten.

Unausrottbar und unbesiegbar sind die roten Blumen!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230910-17/fragment/page=0006

Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags. Bezugspreis frei Haus 9.—15. Sept. 1100000 M., durch die Post 1000000 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bez. Halle-Merseburg eGmbH. Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 5—6 Uhr.

Der Anzeigenpreis beträgt 85000 M. für den Millimeter Höhe u. Spalte, 600000 M. für Reklame, ausschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 108348, Fritz Kroh, Halle.

Einzelpreis 200 000 Mk. | **Montag, den 10. September 1923** | **3. Jahrgang Nr. 211**

Sollmanns Polizei-Diktatur zum Trotz!

Die verbotene Betriebsrätekonferenz Berlin-Brandenburg — Die blamierte Severing-Polizei — Niederlage der Faszisten in Gotha

An alle Arbeitsbrüder und -schwestern im Reich!

Der von der sozialdemokratischen Polizeidiktatur Sollmann-Severing verbotene Betriebsrätekongreß für Berlin-Brandenburg richtet folgenden Aufruf

An die werktätige Bevölkerung in Stadt und Land!

Wir, Vertreter der Werktätigen in Stadt und Land, zusammengetreten zum Betriebsrätekongreß für Berlin und die Provinz Brandenburg trotz aller Verfolgungen und Schikanen durch Behörden und Justiz der besitzenden Klasse, trotz aller Sabotage derer, die sich Arbeiterführer und Volksvertreter nennen, wenden uns in ernster Stunde an alle Arbeitsbrüder und -schwestern im Reich mit unserer Mahnung.

Der Hunger, die Kälte, ein Seuchenwinter stehen vor der Tür.

Die Arbeitslosigkeit wächst, die Wirtschaftsanarchie wird immer größer.

Niemand hilft uns, wenn wir uns nicht selber helfen!

Wir, die Arbeiter, haben die unfähige reaktionäre Regierung Cuno durch den Generalstreik fortgejagt. Aber die Herrschaft der Schmarotzer und Ausbeuter haben wir noch nicht gebrochen. Sie beherrschen noch die Wirtschaft, sie müßten sich an unserm Zusammenbruch, ihre Regierung steht an der Spitze des Reiches.

Und doch haben die letzten Kämpfe gezeigt, wie leicht es ist, eine Regierung fortzujagen, wenn nur die Massen, die die bürgerliche Meute verächtlich „die Straße" nennt, aufstehen.

Der Generalstreik hat uns ernste Lehren gegeben. Es gilt, sie auszuwerten.

Die Kämpfe wurden geführt von den Betriebsräten. Sie allein und die einzige Partei, die Kommunistische Partei, haben den Kampf gegen alle Mächte des verfaulten, alten Systems geführt.

Aber die Kämpfe wurden noch nicht einheitlich und geschlossen genug, noch nicht organisiert genug geführt. Deshalb konnte noch ein

letztes Bollwerk der Ausbeuter

errichtet werden, die Koalitionsregierung, die die Bevölkerung mit leeren Versprechungen füttert, die sich stützt auf die reaktionären Bureaukraten der Gewerkschaften, welche Kampforgane des Proletariats sein sollten und von den Bureaukraten zu Streikbrechergarden degradiert werden sollen.

Regierung und Unternehmer setzten, kaum daß sie sich vom Schreck des Generalstreiks erholt hatten, mit einer Offensive gegen die Werktätigen ein:

Betriebsstillegungen, Massenentlassungen von Arbeitern und Angestellten, schärfste Angriffe gegen die Beamten und ein Steuersegen, der nur die Besitzlosen trifft, vereinen sich mit der Markkatastrophe.

Dabei fliegen zu allererst die Buchdrucker, Straßenbahner, städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten aufs Pflaster. Das ist der Dank dafür, daß sie im Generalstreik zum Teil nicht mitgekämpft haben.

Die nächsten Kämpfe müssen besser geführt werden!

Angesichts der Krise müssen ihre Losungen sein:

Kontrolle der gesamten Produktion durch die Arbeiter- und Angestelltenräte; Nationalisierung und Zentralisation der Banken und Schlüsselindustrien; Beschlagnahme der Devisen, Effekten, Konten; Stärkung der Macht der Räte und Kontrollausschüsse, der ausführenden Organe der kommenden Regierung der Werktätigen; Zusammenfassung dieser Organe zu zentralen und lokalen Körpern. Schutz der Betriebe und großen Güter gegen Faszistenbanden.

Arbeiter! Angestellte! Beamte! Werktätige in Stadt und Land!

Diese Aufgaben können nur gelöst werden, wenn die Herrschaft der Ausbeuter durch die Wucht der Massen der Ausgebeuteten gebrochen wird.

Macht Schluß mit dieser Herrschaft!

Nur eine Regierung der Werktätigen, gewählt von einem deutschen Rätekongreß, verantwortlich allein einem Rätekongreß, gebildet allein aus Vertretern der Arbeitenden aus Stadt und Land, kann unsere Sache in die Hand nehmen.

Wir stehen am Rande des Abgrundes. Wir können und müssen uns helfen! Die Maßnahmen, die notwendig sind, um auch nur die ersten Schritte zur Rettung zu machen, sind klar: Diese Maßnahmen müssen als erste Maßnahmen durchgeführt werden von einer Regierung, der unermeßliche Kräfte zur Verfügung stehen werden, weil sie sich auf die

freigewordenen Kräfte und Organe aller Schaffenden, aller Hand- und Kopfarbeiter in Stadt und Land und deren Organe

stützt. Diese Regierung wird außerdem die unermeßlichen

Kräfte Sowjet-Rußlands

zur Verfügung haben, dessen Arbeiter und Bauern mit Begeisterung dem befreiten deutschen Volke zu Hilfe kommen werden und auf den Tag der deutschen Befreiung fieberhaft warten.

Wir fordern alle Arbeitsbrüder und -schwestern auf, sofort in jeder Fabrik, auf jedem Gutshof, Gehöft, Marktplatz, in jeder Kanzleistube, in jedem Bureau Stellung zu nehmen zu unsern Vorschlägen und in jedem Lande und Landesteil einen ebensolchen Kongreß wie unsern schleunigst einzuberufen, um sobald als möglich einen

Reichsbetriebsrätekongreß

[illegible]eutschland beginnen

[illegible]ng treibt uns voran.

[illegible]ampffront aller [illegible] und Schmarotzer [illegible] Clique unserer

[illegible]nt, der den Weg ins

[illegible]eß für Berlin [illegible]andenburg.

[illegible]olizeidiktatur

[illegible]lizei

[illegible]n, 10. September.

[illegible] Betriebsrätekongreß [illegible] Der Kongreß war [illegible]e Fahne" eigens zur [illegible]. Die Berliner Be[illegible]et teils illegal. [illegible] noch von Severing [illegible]ung angibt, vom auf[illegible], sondern von einer

[illegible]en fand der Kongreß [illegible]ter ihnen Mitglieder [illegible] ein Deutscher Volks[illegible] Kleinhändlern und einigen Rentnern.

Der ganze Kongreß war illegal nach Velten, einen Städtchen bei Berlin, geleitet worden. Vor Kliems Festsälen, wohin der Kongreß legal einberufen war, hielt die Schupo Wache. In Velten nahm der Kongreß Stellung zu der politischen Lage und zu den Aufgaben der Betriebsräte, zu den Fragen der Betriebsstillegungen und zu den organisatorischen Fragen. Zu diesen Punkten wurden ausführliche Resolutionen angenommen, die das Ziel aufstellten: Reichsregierung, gewählt von einem Reichsbetriebsrätekongreß und verantwortlich nur diesem Kongreß, Kontrolle der Produktion, Schutz den Betrieben gegen die Faszisten, Nationalisierung der Banken und Schlüsselindustrie. Die Betriebsräte aller Länder und Landesteile werden aufgefordert, ebensolche Kongresse abzuhalten und einen Reichsbetriebsrätekongreß zu organisieren.

Der Kongreß tagte bis zur Mittagspause in einem Lokal. Dann rückte Schupo nach Velten und der Kongreß tagte auf der Sportwiese des Ortes weiter. Die Schupo wurde inzwischen an der Nase herumgezogen durch eine kommunistische Demonstration, wobei die Schupo sogar Salven in die Luft schoß. Der Kongreß ließ sich dadurch nicht stören. Er führte seine Tagung zu Ende und schloß in glänzender Stimmung.

10 Uhr vorm.: Dollar 52 000 000 Mk.

Was wollen und was können die sozialdemokratischen Arbeiter tun?

Durch den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung der Großen Koalition sollte angesichts der schweren außen- und innenpolitischen Situation eine vom Vertrauen breiten Schichten getragene und unterstützte Regierung gebildet werden, die stärker sein sollte, als die Regierung Cuno-Becker es war. Die Regierung der Großen Koalition ist nun seit einen Monat im Amt, und es ist allgemein offenbar geworden, daß sie die Hoffnungen täuschen wird und das Vertrauen der arbeitenden Massen nicht erringen kann, wenn nicht in letzter Stunde mit eisernen Maßnahmen die Sabotage der kapitalistischen Schichten gebrochen wird.

Deshalb muß die Sozialdemokratie ihre ganze Kraft einsetzen und die arbeitenden Massen in Bewegung bringen, um durch einen rücksichtslosen Druck den Widerstand und den Klassegoismus der Besitzenden zu brechen.

Die Sozialdemokratie darf sich nicht mitverantwortlich machen für eine Politik, die nicht in Einklang zu bringen ist mit den Interessen der Massen und die das schon bestehende Elend bis zur Unerträglichkeit steigert.

Die Betriebs- und Gewerkschaftsfunktionäre der VSPD.-Groß-Berlins verpflichten sich deshalb angesichts dieser katastrophalen Lage, durch Aufklärung und Zusammenfassung der Arbeiterschaft in den Betrieben, das Proletariat auf die seiner harrenden und nahe bevorstehenden Aufgaben vorzubereiten und den Weg zu bahnen für eine Regierung, die sich stützt auf die Arbeiterklasse, und die getragen wird von den proletarischen Organisationen.

(Resolution der Gewerkschafts- und Betriebsfunktionäre der VSPD. Groß-Berlins; einstimmig angenommen am 6. September.)

Die oben abgedruckte Resolution, die nach einem Referat Crispiens angenommen wurde, zeigt, daß die Berliner VSPD.-Arbeiter eine Umorientierung ihrer Partei fordern. Da die Resolution einstimmig angenommen wurde, ist, und da die Gewerkschaftsfunktionäre der Berliner VSPD. in ihrem Stamm außerordentlich reaktionär sind, so muß ein ungeheurer Druck aus den Betrieben auf der Versammlung gelegen haben.

Diese Resolution ist zunächst eine klatschende Ohrfeige für den Parteivorstand, für die Reichstagsfraktion und die Koalitionsminister. „Die Sozialdemokratie darf sich nicht mitverantwortlich machen für eine Politik, die nicht in Einklang zu bringen ist mit den Interessen der Massen, und die das schon bestehende Elend bis zur Unerträglichkeit steigert." Die Politik der Lakaien des Stinnes ist richtig charakterisiert. Es gilt aber, Folgerungen zu ziehen. Sonst ist die Resolution lediglich ein Blitzableiter.

Der letzte Abschnitt aber zieht die Folgerungen nicht. Dieser Absatz, der schon andeutet, wohin die „opponierenden", „linken" Führer vom Schlage eines Konjunktur-Crispien den Karren schieben wollen, ist der wichtigste.

Er kann besagen, daß die VSPD. auf eine Arbeiter-Regierung hinsteuern soll.

Er bedeutet, ausgesprochen von Leuten wie Crispien oder Levi, daß die VSPD.-Arbeiter die Große Koalition satt haben, und daß die „Führer" von der Fraktion Wetterfahne den Stimmungen nachgeben. Nicht mehr.

Aber die Massen der VSPD.-Arbeiter verlangen mehr, und sie müssen auch mehr verlangen.

Und immerhin spricht die Resolution von einem Ziel: „eine Regierung, die sich stützt auf die Arbeiterklasse, und die getragen wird von den proletarischen Organisationen."

Nur daß klar gesagt werden muß: was sind die proletarischen Organisationen?

Eine Regierung, die als Kampfregierung gegen die Bourgeoisie zustande kommt, muß sich auf Kampforgane des Proletariats stützen.

Sind die Gewerkschaften solche Kampforgane? Sie sind es nicht. Sie sollen es sein. Sie werden es solange nicht sein, als die gegenwärtige Bureaukratie sie „leitet", dieselbe Bureaukratie, deren Vertrauensmann der gelbe Striemer (von der „Betriebsrätezeitung") war, der den Marxismus „widerlegte".

Also: fort mit den reformistischen Gewerkschaftsbureaukraten! Das ist die Voraussetzung für das Zustandekommen der geforderten Regierung.

Weiter! Die Betriebsräte sind die eigentlichen Kampforgane des Proletariats. Sie fassen die Betriebe zusammen, sie sind das organisatorische Gerippe des Produktionsapparats, des politischen Apparats der kommenden Regierung des Proletariats, sie sind das wirtschaftliche und politische Exekutivorgan der Regierung des Proletariats.

Wie verhält sich die Führung der VSPD. zur Betriebsrätebewegung?

Sie hetzten die ihnen (noch!) zur Verfügung stehende Polizei und die Gerichte auf die Betriebsräte und ihre Organe.

Die Arbeiter der VSPD. haben also klipp und klar zu erklären, wie sie sich zur Betriebsrätebewegung stellen. Die Partei und Gewerkschaftsreformisten haben den Streikbruch organisiert, die Betriebsräte haben den Kampf geführt. Die Entscheidung ist also leicht: mit den Feinden des kämpfenden Proletariats oder gegen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230910-17/fragment/page=0007